Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1914

75 (30.3.1914) Erstes Blatt

Visual Library

No. 75. 1. Blatt. Karlsruhe, Montag den 30. März 1914. 34. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 65 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Zu unserem Wahlsieg in Borna-Pegau.

Die zähe und intensive Arbeit zwischen Hauptwahl und Stichwahl hat nun doch noch zum Siege und zu einem glänzenden Siege unseres Kandidaten Ryssel geführt. Er siegte mit 14321 Stimmen über den Reichsverbandsgeneral Liebert, der es auf 12 731 Stimmen brachte. Gegen die Hauptwahl errangen wir ein Mehr von rund 2300 Stimmen; ein Teil davon sind sicher Reserven, die noch herausgeholt wurden, aber ein guter Teil werden auch Stimmen der Fortschrittler sein, die vernünftigerweise der Wahlparole ihrer sächsischen Parteiführer nicht folgten. Die Führer der sächsischen Fortschrittler, allen voran der fortschrittliche Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des fortschrittlichen Landesvereins in Sachsen, Brodauf, gab sich wirklich die redlichste Mühe, den Reaktionär Liebert in den Reichstag zu bringen. Und da die fortschrittliche Parteileitung in Berlin wegen des zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern in Sachsen bestehenden Kartells eine Wahlparole nicht ausgeben konnte, bestand immerhin die Gefahr, daß sich die fortschrittlichen Wähler durch ihre sächsischen Führer beeinflussen ließen. Indessen ist es anders gekommen. Die einfachen Wähler haben mehr politischen Verstand und vor allem auch mehr Taktgefühl bewiesen, als ihre Führer. Sie haben sich nicht an den Karren eines Liebert spannen lassen. Dagegen sind die Nationalliberalen wohl restlos zu Liebert abgeschwenkt, der zirka 4100 Stimmen mehr aufbrachte als in der Hauptwahl.

Mit dem Genossen Ryssel erreicht die sozialdemokratische Fraktion wieder ihre 111 Mitglieder. Die reaktionäre Presse speit natürlich Gift und Galle. Sie hatte so sicher mit der Charakterlosigkeit des Liberalismus und infolgedessen mit dem Siege Lieberts gerechnet, daß der Durchfall nun doppelt schmerzhaft ist. Die im derben Junkerstil wohl bewanderte „Deutsche Tageszeitung" findet kaum kräftige Worte genug zur Abkanzelung der Freisinnigen, denen sie die Schuld an der Niederlage Lieberts zuschiebt:

„Dieses Knechtschaftsverhältnis zur Sozialdemokratie hat dieser auch gestern wieder ein Mandat in die Hände gespielt, das bei geschlossenem einheitlichen Vorgehen der bürgerlichen Parteien zweifellos der nationalen Sache zu erhalten gewesen wäre. Für diesen ebenso überraschenden wie bedauerlichen Stichwahlausgang in Borna-Pegau tragen die Quertreibereien der freisinnigen Parteileitung und gewisser freisinniger Preßorgane die ganze Schwere der Verantwortung. . . . In nationalen Kreisen ist die Hoffnung längst dahin, daß seine Leitung in absehbarer Zeit aus dieser Fessel wieder loskommen könne."

Gleich heftig zetert die „Post" über den Verrat am Bürgertum. Bei der „Post" kommt noch der besondere Schmerz dazu, daß es einer der Ihren ist, der verdientermaßen aus dem Reichstag hinausgefegt wurde. Dieser Schmerz hat bei dem ehrenwerten Organ so alle Begriffe durcheinander gewirbelt, daß es über die „Drecklinien" des Reichstagswahlkampfes jammert, dieselbe Drecklinie, die bei allen Reichstagswahlkämpfen erst durch Liebert und seine Garde aufgerichtet worden ist. Mehr spaßhaft wirkt, daß sich die „Post" damit tröstet, daß Liebert dem öffentlichen Leben nicht ganz entrissen wurde:

„In politischen Vereinen, in freikonservativen Kreisen wird Exzellenz v. Liebert nach wie vor seine bewährten Kräfte entfalten, jetzt noch intensiver denn zuvor. Und die Spalten der „Post" werden dem Vorkämpfer alldeutscher Bestrebungen immer zur Verfügung stehen, wenn ihn sein nationales Gewissen treibt, zu reden."

Der Anfang dieser künftigen öffentlichen Tätigkeit Lieberts liegt anscheinend gleich beim Ende seiner parlamentarischen Laufbahn. Er hat in dem Leipziger Liemann-Blatt, den „Neuesten Nachrichten", folgenden rührenden, an Langfuhr gemahnenden Abschiedsbrief an seine Wähler veröffentlicht:

„Trotz angestrengter Arbeit hat das Wahlglück gegen uns entschieden. Ein Teil der liberalen Wähler hat den nach dem Resultat der Hauptwahl den bürgerlichen Parteien zugehörigen Wahlkreis an die Sozialdemokratie verraten. Die Tendenz des „Berliner Tageblattes" hat im Sachsenlande gesiegt. Wir haben unsere Schuldigkeit getan und haben uns nichts vorzuwerfen. Ich sage allen Wählern, die sich treu um einen bürgerlichen Vertreter für den Wahlkreis bemüht hatten, herzlichen Dank. Es lebe das Vaterland!

Eduard von Liebert."

Mit Lieberts trauert die Leipziger nationalliberale Presse um den Verlust des Mandats. Das ist begreiflich, denn die „Leipziger Neuesten Nachrichten" reden schon davon, daß von einem Wahlkartell zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern unter solchen Umständen überhaupt nicht mehr die Rede sein könne, und davon hängt für die Nationalliberalen allerhand ab. Deswegen bemüht sich das „Leipziger Tageblatt" auch, die Verantwortung für den Sieg der Sozialdemokratie vom Liberalismus abzuwälzen und ihn dem „Terror" der Sozialdemokraten zuzuschreiben. Ein Spiel, das man den Leuten gönnen kann; die Hauptsache ist doch immer, daß Liebert abgetan ist und das Mandat der Sozialdemokratie zu eigen geworden ist.

Die „Berliner Volkszeitung" führt zum Ergebnis dieser Wahl aus:

„Die im heutigen Morgenblatt gemeldete Niederlage des militärischen Exzellenzherrn von Liebert im Wahlkreise Borna-Pegau ist ein hocherfreuliches Ereignis. Die militärische Scharfmacherei bedarf an sich keiner besonderen Stütze unter den Reichstagsmitgliedern. Denn in diesem Artikel wird bereits am Bundesratstisch mehr als zu viel geleistet. Herr v. Liebert hat sich also als eine hervorragend entbehrliche Kraft gezeigt, und es ist daher aufrichtig zu begrüßen, daß ein „Nichts-als-Scharfmacher", der etwas Positives im Parlament nicht zu schaffen vermochte, durch den Willen der Wählerschaft vom Reichstage wieder ferngehalten wird. Es liegt eine Art überzeugender Sachlogik und politischer Gerechtigkeit in der Tatsache, daß gerade der Vorsitzende des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sein Mandat einem sozialdemokratischen Gegenkandidaten hat abtreten müssen."

Die Niederlage Lieberts ist gleichzeitig eine Niederlage des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der seine Unfruchtbarkeit am besten damit bewiesen hat, daß er nicht einmal in der Lage war, das Mandat seines Führers zu retten. Und das in einem Kreise, der seiner ganzen Struktur nach keineswegs als wirtschaftlich besonders entwickelt angesehen werden kann. Der Reichsverband hat sich in diesem Wahlkampfe als das bewiesen, was er immer war, eine freikonservative Wahlorganisation und angesichts der Art, wie die Reichsverbändler den Kampf gegen die Nationalliberalen geführt haben, wird man nun endlich die Phrase einsargen müssen, daß der Reichsverband seine Spitze nur gegen die Sozialdemokratie richtet. In der letzten Zeit hat die Tätigkeit des Reichsverbandes hauptsächlich in der Herstellung und in der Anpreisung von Flugblättern bestanden, die wenig oder gar nicht verbreitet worden sind. Offenbar hatte man damit den Zweck verfolgt, den Geldgebern zu zeigen, daß der Reichsverband immerhin noch etwas leiste. Nachdem er aber in der letzten Zeit Mißerfolge auf Mißerfolge gehäuft hat, werden selbst die scharfmacherischsten unter seinen Geldgebern allmählich zu der Ueberzeugung gelangen, daß die erzielten Erfolge in einem schreienden Mißverhältnis zu den finanziellen Aufwendungen stehen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann wird mit der Niederlage des Herrn v. Liebert auch der Reichsverband bald zu den Erscheinungen gehören, die der Vergangenheit zuzurechnen sind.

Irland und der Klassenkampf in England.

A. T. Wieder einmal hat die irische Frage zu einer inneren Krise in England geführt. Das liberale Ministerium, das die Selbstregierung Irlands auf seine Fahne geschrieben, das alle seine Erbärmlichkeiten und Sünden entschuldigt hatte mit der stereotypen Berufung auf die Home Rule, hat, nachdem es Schritt vor Schritt zurückgewichen vor dem drohenden Stirnerunzeln seiner Gegner, nun endgültig vor ihnen kapituliert. Für diejenigen Mitglieder der Arbeiterpartei und des radikalen Kleinbürgertums, die diesem Ministerium sein ganzes Sündenregister nachgesehen hatten bis nach dem Tag, an dem die Home Rule gesiegt haben würde, ist die Demütigung um so niederdrückender, als nicht die Stärke der Gegner, sondern die liberale Schwäche und Feigheit selbst konsequent die schmachvolle Niederlage herbeigeführt haben. Die Provinz Ulster, von den protestantischen Nachkommen jener englischen Kolonisten bewohnt, die das von den einheimischen Iren geraubte Land besetzt hatten, rüstete sich unter konservativer Leitung zum bewaffneten Widerstand gegen die Unterstellung unter ein selbständiges irisches Parlament. Die Bevölkerung wurde militärisch gedrillt, und eine provisorische Regierung eingesetzt für den Fall des Bürgerkriegs, der täglich auf Gassen und Märkten gepredigt wurde. Was tat die liberale Regierung dagegen? Sie erließ ein Waffeneinfuhrverbot — nachdem längst die Bevölkerung bis an die Zähne bewaffnet war. Dieselbe Regierung, deren Hände gerötet sind vom Blute niedergeschossener und niedergeknüppelter englischer und irischer Arbeiter, die achselzuckend die gewaltsame Niederknüppelung der streikenden Arbeiter Südafrikas und die Deportation ihrer Führer mit angesehen hatte, rührte keinen Finger, als eine unbedeutende Minorität von Bauern in Ulster ihr Krieg bis aufs Messer erklärten und alle Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand trafen. Unter dem vereinigten Druck der Konservativen und der Krone erklärten sie sich zu Verhandlungen bereit, wo in der Tat nichts zu verhandeln war. Sie bewilligte schließlich einen mehrjährigen Aufschub für die Unterstellung von Ulster unter die Home Rule und als, durch alle diese Konzessionen kühn gemacht, die konservative Partei sich damit nicht zufrieden gab, erklärte sie sich zu weiteren Verhandlungen bereit. Was war klarer, als daß die liberale Regierung nicht kämpfen wollte? So kam denn, was kommen mußte. Die Offizierskorps der Regimenter, die gegen Ulster aufgeboten werden sollten, im wesentlichen zusammengesetzt aus den jüngeren Söhnen des grundbesitzenden Adels, weigerten sich rundweg, gegen Ulster ins Feld zu ziehen und als das Kriegsministerium sich vermaß, ihnen schwächliche Zwangsmaßregeln in Aussicht zu stellen, schlug sich die Mehrzahl der Stabsoffiziere des Kriegsministeriums selbst auf ihre Seite und erklärte, den Abschied zu nehmen, wenn man ihre Kameraden maßregele. Auf ihre Seite schlug sich auch die Krone, deren Selbstbewußtsein durch die schwächliche Haltung des liberalen Ministeriums geradezu großgezüchtet war. Und die Revolte der Offiziere endete damit, daß ihr Sprecher im Triumph in sein Standquartier nach Irland zurückkehren konnte, in der Tasche eine schriftliche Erklärung des Ministeriums, wonach die Offiziere bedingungslos wieder eingestellt wurden. Vielmehr gab der Kriegsminister ihnen die ausdrückliche Zusicherung, daß sie keinesfalls gegen Ulster und für die zwangsweise Durchführung der Home Rule verwendet werden würden. Das Ministerium hätte diese seine Kapitulation gern geheim gehalten, aber das frondierende Offizierskorps machte einen Strich durch diese Rechnung. Es posaunte seinen Triumph laut aus, wohl wissend, daß es die liberale Regierung dadurch in ein Kreuzfeuer bringe. Die Regierung versuchte sich durch ein Sündenbekenntnis des Kriegsministers Seeley zu retten. Dieser erklärte vor versammeltem Parlament, er habe die Klausel, die den Offizieren die Zusicherung gab, daß sie nicht gegen Ulster zu kämpfen hätten, auf eigene Faust, ohne Wissen des übrigen Ministeriums, eingeräumt. Aber das ist nur einer der Advokatentricks, in denen der englische Premierminister so groß ist, ein Kampf um Worte. Denn tatsächlich hatte das Gesamtministerium dem revoltierenden Offizierskorps die bedingungslose Wiedereinstellung garantiert und die Klausel des Kriegsministers unterschied sich von derjenigen des Advokaten Asquith nur dadurch, daß sie klar und deutlich besagte, was diese in unklaren und gewundenen Wendungen umschrieb. Und wenn schließlich das Gesamtministerium die vom Kriegsminister angebotene Demission ablehnte, was besagt das anders, als daß das Gesamtministerium die weiße Flagge aufzieht?

Von den Bänken der Arbeiterpartei, die bis dahin mit dem liberalen Ministerium durch dick und dünn gegangen war, zum großen Verdruß wachsender Arbeitermassen, wurde daraufhin der Kampf um die Demokratisierung der Armee und gegen die Krone proklamiert. Dieser Kampf steht jetzt allerdings in England auf der Tagesordnung, aber wer, der nicht mit Blindheit geschlagen ist, kann glauben, daß der Liberalismus sich noch dazu aufraffen werde?

Liegt doch das Geheimnis, das dem liberalen Ministerium im Kampf gegen Home Rule das Genick gebrochen hat, auf der flachen Hand. Der historische Charakter des Kampfes um die selbständige Regierung Irlands ist seit langem klar. Es ist ein Kampf gegen die großen Grundherren Irlands, die zugleich eine Kerntruppe der Grundaristokratie Englands bilden. Wie kann die industrielle Unternehmerklasse, die führende Schicht der liberalen Partei, sich in einen Kampf gegen die Grundaristokratie einlassen, der sie zwänge, an die Armee der proletarischen Massen zu appellieren, in einer Zeit, wo diese selben Massen stürmisch an die Tore der kapitalistischen Gesamtherrschaft pochen? Diese Tatsache ist es, die dem Liberalismus, wie auf dem Kontinent, so jetzt auch in England die Schwingen lähmt, ja endgültig gebrochen hat. Die beginnende Emanzipation der englischen Arbeiter von liberaler Führung, einerseits die Ursache des liberalen Zusammenbruchs, muß anderseits mächtig durch ihn gefördert werden.

Der englischen Arbeiterklasse fällt jetzt die große Aufgabe zu, die Befreiung Irlands von der englischen Herrschaft selbständig zu erkämpfen, gegen alle bürgerlichen Klassen Englands. Wenn der Kampf um die nationale Befreiung Irlands umschlägt in die Entfaltung des bewußten Kampfes der englischen Arbeiterklasse gegen die Kapitalherrschaft im eigenen Land, so wird das nur historische Gerechtigkeit sein. Denn die englische Herrschaft in Irland, seit sie im 12. Jahrhundert den Fuß auf den Boden der grünen Insel setzte, hat eine Blutschuld auf sich geladen, deren Sühne nicht radikal genug sein kann.

Am 10. Dezember 1869 schrieb Karl Marx an Friedrich Engels: „Ich habe lange geglaubt, das irische Regime durch English Working Class ascendency (das Aufkommen der englischen Arbeiterklasse) zu stürzen. Ich habe stets diese Ansicht in der „Neuyork Tribune" vertreten. Tieferes Studium hat mich nun vom Gegenteil überzeugt. Die English Working Class (englische Arbeiterklasse) wird nie etwas ausrichten, before it has got rid of Irland (ehe sie ihr Land losgeworden ist). Der Hebel muß in Irland angelegt werden. Dadurch ist die irische Frage so wichtig wie die soziale Bewegung überhaupt."

Marx hatte offenbar im Auge, die agrarische Revolution in Irland und die Entwicklung eigener Industrie werde ein wichtiger Faktor sein, um das Weltmarktsmonopol Englands zu brechen und dadurch die englische Arbeiterklasse in Bewegung zu setzen. Dieses Monopol ist zwar nicht durch Irland, sondern durch die industrielle Entwicklung des Kontinents gebrochen worden. Aber wie tief er den innigen Zusammenhang des Emanzipationskampfes der englischen Arbeiterklasse und des nationalen Kampfes in Irland erkannt hat, das beweist die bisherige Entwick-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

lung des Kampfes um Home Rule und wird die künftige bestätigen.

Ein englischer bürgerlicher Parlamentarier soll die Kapitulation des Ministeriums vor Krone und Offizierskorps gekennzeichnet haben mit den Worten :„Das ist unser Zabern." Die Parallele stimmt in mehr als einer Hinsicht. Die Vernichtung des parlamentarisch-konstitutionellen Scheins, die klare Beleuchtung und Gegenüberstellung der wirklichen Machtfaktoren der Gesellschaft, die Offenbarung der zitternden Angst der Bourgeoisie vor der Macht der proletarischen Bevölkerung: das sind hier wie dort die hervorstechenden Züge. Und beide Ereignisse bergen schwere gesellschaftliche Gewitter in ihrem Schoß.

Deutsche Politik.

Landtagsersatzwahl im Fürstentum Lübeck.

Die Ersatzwahl zum Landtage im nördlichen Bezirk des Fürstentums Lübeck zeigte folgendes Resultat: Genosse Fick-Stockelsdorf 1629, v. Levetzow (Bund der Landwirte) 1817 und Weiß (F. Vp.) 1140 Stimmen. Unsere Stimmen haben um rund 200 Stimmen abgenommen, während die bündlerischen und liberalen Stimen sich ziemlich gleichblieben. Es muß eine Nachwahl stattfinden.

Die Geschäftslage des Reichstags.

In der Budgetkommission des Reichstags kam es am Freitag zu einer Aussprache über die Geschäftspositionen des Reichstags. Man sprach davon, daß bereits am 12. Mai die Sommerferien beginnen könnten. Das dürfte freilich ein frommer Wunsch bleiben, denn bis zu diesem Termin dürfte nicht einmal die Beratung des Etats zum Abschluß gelangt sein. Der Militäretat ist von der Budgetkommission noch nicht einmal in Angriff genommen worden, seine Beratung wird mindestens eine Woche erfordern, im Plenum dürfte diese Zeit nicht einmal genügen. Bis zum 12. Mai würden aber nur 13 Sitzungstage zur Verfügung stehen. Dem Reichstag kann ein Vorwurf nicht gemacht werden, er hat in der Tat sehr fleißig gearbeitet. Die Schuld liegt an der Regierung, die den Reichstag zu spät zusammentreten läßt. Der Etat wird immer umfangreicher und immer mehr müssen neue Materien einbezogen werden. In dem gleichen Maße ziehen sich natürlich auch die Beratungen in die Länge. Mit dem reichhaltigen Beratungsmaterial, für das zeitraubende Vorarbeit geleistet wurde, kann nur dann einigermaßen aufgeräumt werden, wenn der Reichstag bereits im Oktober seine Arbeiten wieder aufnimmt. Mit der späten Einberufung des Reichstags verfolgt die Regierung ganz offensichtlich den Zweck, eine gründliche Beratung der wichtigsten Teile des Etats, wie Militäretat, Etat des Auswärtigen Amtes und Etat des Reichskanzlers, zu hintertreiben. Was die sozialdemokratische Fraktion tun kann, um einen Strich durch diese Rechnung zu machen, das wird bestimmt geschehen.

Der Reichsverband

hat wieder einmal ganze Stöße Flugblätter herausgegeben. „Sozialdemokratische Volksfürsorge" betitelt sich eins der Schmutzblätter; ein anderes „Der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1912". Gegen die Volksfürsorge wissen die Reichsverbändler nichts weiter vorzubringen, als daß sie der Sozialdemokratie nützen wird. Vom Metallarbeiterverband wird gesagt, daß bei ihm im Jahre 1912 gegen das Vorjahr die Eintrittsmeldungen zurückgegangen sind, daß er Lohnkämpfe verloren hat, und daß innerhalb des Verbandes von verschiedenen Vertrauensleuten Gelder unterschlagen worden sind. Kein Sterbenswort lesen wir von den Einrichtungen des Metallarbeiterverbandes, von seinem Finanzgebahren, von seinem Wirken für die Arbeiter; ebenso hütet man sich, nach dieser Richtung von der „roten" Volksfürsorge zu erzählen. Dann wird in einem anderen Flugblatt „August Bebel, der Kapitalist" hergenommen. Zwar kann man ihm nicht mehr nachrechnen, daß er eine Million und mehr seinen Erben nachgelassen habe, aber es werden die gewagtesten, nur beim Reichsverband und seinesgleichen möglichen Berechnungen angestellt, um wenigstens herauszubekommen, daß Bebel als „Kapitalist" gestorben sei, und daß er seine sozialistische Ueberzeugung preisgegeben habe, weil er sein ganzes Vermögen nicht unter seine Gesinnungsgenossen verteilt hat. Von derselben Färbung ist das übrige halbe Dutzend Flugblätter, das den erwähnten beigelegt war. Auf den Inhalt der Wische näher einzugehen oder sie einer Widerlegung zu unterziehen, ist nicht nötig; das hieße dem Reichsverband zuviel Ehre antun. Ihm sei für sein Bemühen, die Sozialdemokratie mit Schmutz zu bewerfen, nur mit folgenden Feststellungen gedient:

Im August 1907 schrieb der liberale „Nürnberger Anzeiger", daß der Reichsverband eine Organisation ist,

„die durch ihre **prinzipienlose** und **unanständige Kampfesweise** die politische Erziehung unseres Volkes auf das äußerste beschwert."

Im April 1907 erklärte Graf Bothmer aus München, der Reichsverband sei eine Sumpfpflanze, die nur von Verleumdungen gegen die sozialdemokratischen Führer lebe. Die Reichsverbändler seien gar nicht in der Lage, mit ehrlichen Waffen zu kämpfen, der Reichsverband sei das niedrigste, armseligste und erbärmlichste Gebilde, das in Deutschland bestehe, das Handbuch des Reichsverbandes müsse jeder anständige Mensch seiner politischen Gemeinheiten halber mit Entrüstung aus der Hand legen!

In der bürgerlichen „Welt am Montag" war am 18. Juli 1908 über den Reichsverband das Folgende zu lesen:

„Der Reichsverband kümmert sich den Teufel um alle tatsächlichen Widerlegungen seiner **gewissenlosen Behauptungen** und er hat dies auch nicht nötig, da er hauptsächlich auf die Dummheit derjenigen spekuliert, welche die verlogene Block- und Amtsblattpresse lesen und **selbst faustdicke Lügen glatt hinunterwürgen.** Er braucht auch nicht zu befürchten, daß die Machtinhaber von heute sich seiner **erbärmlichen Kampfesmethode** schämen. Ihnen ist alles recht, was irgend welchen Erfolg verspricht. Der schlechte Zweck heiligt in ihren Augen **selbst die nichtswürdigsten Mittel.**"

Graf Bothmer wie die beiden genannten bürgerlichen Organe stehen mit ihrer Ansicht über den Reichsverband nicht allein. So denken über diesen Millionen. Und daher ist es gut, den Reichsverband, wenn er seine Fischzüge im Arbeiterlager unternimmt, immer wieder an die obigen Urteile über ihn zu erinnern.

Staatliche Fürsorge für die Kleinbauern und für die Groß-Grundbesitzer.

Die ostpreußische Landwirtschaftskammer hat zur Förderung der Viehzucht für 1914 folgende Summen bereit gestellt: Für Pferdezucht 256 290 Mk. (davon 256 110 Mk. Staatsbeihilfe) — mehr gegen das Vorjahr 48 840 Mk.; für Rindviehzucht 188 581 Mk. (davon 161 231 Mk. Staatsbeihilfe) — mehr gegen das Vorjahr 19 641 Mk. Für Förderung der Kleinviehzucht dagegen erscheinen folgende Zahlen: für Schweinezucht 6 400 Mk., für Schafzucht 2 500 Mk., für Ziegenzucht 2 550 Mk. und für Kaninchenzucht 1 500 Mk. — Allein das Mehr, das in diesem Jahre zur Förderung der Pferdezucht ausgegeben wird, beträgt nahezu viermal soviel, als für die Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Kaninchenzucht aufgewendet wird. So sorgt man für die Kleinen und für die Großen.

Interpellation über den Sprachen-Erlaß.

Infolge des Schulerlasses der elsaß-lothringischen Regierung hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Interpellation in der Zweiten Kammer eingebracht: Ist dem Herrn Statthalter bekannt, daß der kaiserliche Oberschulrat an die Direktoren der höheren Schulen Elsaß-Lothringens einen Erlaß gerichtet hat, der den Gebrauch der Dialekt- und der französischen Sprache im kollegialen Verkehr der Lehrer untersagt und es für die amtliche und sittliche Pflicht der Lehrer erklärt, sich als Erzieher deutscher Knaben zu fühlen und zu betätigen, eine Pflicht, die ihre Grenzen nicht in den vier Wänden der Klasse findet? Wird dieser Erlaß mit seinen denunziatorischen Folgen von dem Herrn Statthalter gebilligt?

Zu Rednern sind die Genossen **Emmel** und **Fuchs** bestimmt worden.

Folgen des Steuer-Pardons.

Im Kreise Jüterbog-Luckenwalde sind bei der Einschätzung zum Wehrbeitrag 13 350 000 Mk. mehr Vermögen als seither angegeben worden. Dieser Kreis ist überwiegend agrarisch und das Ergebnis der Einschätzung läßt erkennen, in welchem Umfange der Staat bisher um Steuern bemogelt worden ist. Mit dem Wehrbeitrag geben viele reiche Leute dem Reich nur einen kleinen Teil dessen, was sie dem Staat bisher rechtswidrig hinterzogen haben. Sie erkaufen sich obendrein noch Straffreiheit und werden schließlich auch noch mit ihrer patriotischen Opferwilligkeit prunken. Alles in allem machen sie noch ein glänzendes Geschäft.

Fürsorge für die Alt-Pensionäre.

In den letzten Jahren sind die Gehälter der Beamten und der Offiziere mehrfach aufgebessert worden und damit stiegen auch die Pensionssummen, auf die sie Anspruch hatten, weil die Pension prozentual nach dem Gehalt bemessen wird. Von diesen Erhöhungen wurden die bereits pensionierten Beamten und Offiziere natürlich nicht erfaßt und der Reichstag wurde nun aus diesen Kreisen heraus mit Petitionen geradezu bestürmt. Die Petenten hoben hervor, daß ihre Pensionen angesichts der Verteuerung des Lebensunterhalts absolut unzureichend seien. Die Regierung hat den Wünschen der Petenten nunmehr Rechnung getragen, indem ein Gesetzentwurf an den Bundesrat gelangt ist, der eine Beihilfe zu den Pensionen bezweckt. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, soll den bis zum 1. April 1909 pensionierten Beamten und Offizieren auf Antrag und im Falle des Bedürfnisses eine Pensionsbeihilfe gewährt werden, die betragen soll: bei Pensionen bis zu 1500 Mk. 20 Prozent, bei 1500 bis 3000 Mk. 15 Prozent und bei mehr 10 Prozent. Beihilfe und Pension zusammen sollen jedoch nicht über 6000 Mk. hinausgehen. Witwen und Waisen der bezeichneten Personen ist unter denselben Voraussetzungen eine Hinterbliebenenbeihilfe zu gewähren, und zwar sind die gleichen prozentualen Zuschläge anzuwenden, nämlich 20 Prozent oder 15 Prozent oder 10 Prozent. Die rechnerische Unterlage hierzu bildet das Witwengeld, je nachdem es bis 600 Mk. oder bis 1200 Mk. oder noch mehr beträgt. Ebenso wird der prozentuale Zuschlag beim Waisengeld verlangt. Auch hier ist eine Höchstgrenze einzuhalten, in dem Sinne, daß Beihilfe und Witwengeld zusammen nicht 2400 Mk. überschreiten dürfen; bei Vollwaisen bilden 800 Mk., bei Halbwaisen 480 Mk. die oberste Grenze.

Der vergnügte Landesvater.

Wie aus Braunschweig gemeldet wird, besuchte Herzog Ernst August am letzten Mittwoch das Gefängnis und Zuchthaus in Wolfenbüttel. Dort schenkte er drei Männern und zwei Frauen durch Begnadigung sofort die Freiheit. Die übrigen Gefangenen bewirtete er mit 150 Pfund Wurst, sowie mit Kaffee und Gebäck.

Das Vorgehen des jungen glücklichen Landesvaters wirkt systematisch, wenn es auch von manchem seiner Kollegen als eine Art unbequemen Wettbewerbs empfunden werden möchte. Braunschweig ist ein kleines Land, in dem der Zuchthäusler sozusagen Seltenheitswert besitzt. Wollten andere Landesväter das Beispiel nachahmen, so würden sie ihre ganze Zivilliste zu Wursteinkäufen für Gefangene verwenden müssen — womit natürlich nicht gesagt ist, daß dies die schlechteste Verwendung wäre.

Wann aber Ernst August schon in Gebelaune ist, so sollte er bedenken, daß die Braunschweiger Wurst von anerkannter Vorzüglichkeit, das Braunschweiger Wahlrecht aber dafür desto miserabler ist. Nach einem bekannten Sprichwort ist Steuerpflicht ohne Wahlrecht gleich bedeutend mit Sklaverei und Gefangenschaft. Ganz Braunschweig wäre danach ein großes Gefängnis, dessen Insassen sich mit einem Stück Wurst nicht zufrieden geben werden. Die Parole lautet: Nicht Wurst sondern Wahlrecht!

Aus dem hessischen Landtag.

Die Zweite Kammer des hessichen Landtags wird bis Donnerstag die Budgetberatung zu Ende führen. In der letzten Zeit haben Dauersitzungen, die von früh morgens

---

Jonas Angermann.

Erzählung von Ludvig Nordström.

Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

3 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

So poetisch sahen nun gerade nicht die Fischer auf die Strömlingsschwärme, auch nicht der junge Jonas Munther. Wenn von den Wachtposten der Ruf erschallte: „Der Strömling! der Strömling!" erzeugten die nackten Klippen ein Gewimmel von Wesen, die durcheinander rannten, aber niemand schrie oder lärmte, alle suchten so lautlos wie möglich zu schleichen; die schweren Boote wurden von starken, schwieligen Händen ins Wasser geschoben, die Dollen waren mit Tüchern bewickelt, und beinahe unhörbar glitten die Boote in weiten Zirkeln von außen um den Schwarm herum, das Netz wurde in das leise brodelnde Wasser gesenkt, hernach wurden die Leinen an Land gerudert, wo die halberloschenen Feuer dünne Rauchringel zum grünweißen, unendlichen Nachthimmel und dessen einzigen hellroten Sonnenstern emporsandten. Und dann wird das Netz eingeholt, ein Plätschern wird vernehmbar, stärker, immer stärker, ein Wimmern, ein Summen, ein Seufzen, ein Brausen — das Schmetterlingsspiel der hellen Juninacht ist in Grausen verwandelt, aus dem Kampf fürs Leben ist ein Kampf gegen den Tod geworden. Aber jetzt hat das Netz Grund gefaßt, es glitzert wie Mondschein, und mit Eimern werden die Strömlinge in die Boote gefüllt, die schwerer und schwerer bis an die Reeling niedergedrückt werden, auslegen, langsam fortrudern und um einen Vorsprung verschwinden; die Feuer sind erloschen, die Klippen, die eben noch nackt lagen, sind wie durch ein Wunder mit Mos bedeckt, aus dem Büschel von Heidekraut hervorsprießen, der Mond versinkt im Wald, dessen spitze Tannenwipfel unbarmherzig sein zerknittertes Seidenpapier zerlöchern, die Möven kommen mit Sonne und Wind, und die Wellen plätschern kräftiger, der Strömlingsschwarm ist verschwunden, der Tag da, und der Himmel und seine Herrlichkeit wieder in unerreichbarer Ferne für alle Erdenkinder.

Das war die Lehrzeit Jonas Munthers. Er war grausam, ohne es zu wissen, zufrieden und listig, und mit dem Kopf voll von Zukunftsplänen.

Dies war jedoch nur die eine Seite der Sache, und damit kam er nicht weit. Um den Strömling aus dem Meer zu holen, dazu reichten zwei leere, wenngleich noch so geschickte Hände nicht aus; er mußte auch Netze haben, und Boote, und einen Schuppen und ein Häuschen.

Er fing an, den Weibsbildern zuzusehen, wenn sie Netze strickten, und eines Tages saß er im Torweg eines Schuppens und strickte selber, mutterseelenallein.

„Kiekt doch bloß den verrückten Kerl an!" sagten die Fischer. „Er arbeitet."

Das Arbeiten war in Twärhamn just nicht in der Mode. Die Geräte und Boote waren vom Vater, Großvater und Urgroßvater ererbt, und was die See zerriß und die Zeit zermürbte, das mußten die Frauen wieder heilmachen. Aber daß eine Mannsperson sich sommers, nach der Arbeit auf See, mutterseelenallein zum Netzstricken hinsetzte, wenn jeder ordentliche Christenmensch auf dem Heuboden schnarchte, das war wahrhaftig zum Lachen. Denn Arbeiten, wirkliches Arbeiten, strenges, beständiges Arbeiten, nur des Verdienens halber, das war denn doch rein wider die Natur. Aber Munther saß schweigsam und schielte nur ab und an unter seinen Haaren hervor, und der Netzhaufen wuchs.

„Du bist'n Hauptkerl, Munther," sagten die Fischer, und die Frauen standen um ihn herum mit den Händen unter der Schürz. „Du kannst einen rein bang machen, Munther! Du strickst ja, als wenn Du ein richtiges Weibsbild wärst!" sagten sie und schüttelten den Kopf.

„Paß auf, er hat was im Sinn!" fügten sie hinzu.

„Ih, wo wird er!" sagten die Fischer und lachten. „Ih, wo nicht gar!"

Aber dann streckte er einen Kiel unten am Strande und spantete ein Boot. und Tag für Tag stand er in einem leeren Schuppen und die Fischer versperrten schier der Sonne den Eingang.

„Willst Du Fischer werden, Muther?" sagten sie und lachten. „Da mußt Du auch einen Schuppen haben! Und ein Haus! Und ein Weibsbild im Haus! Und Hausrat! Und Leute! Das sind kostspielige Sachen für einen Knecht. Den Gedanken laß Dir vergehen, Munther!"

Dann sah Munther unter seinen rötlichen Haaren auf, lächelte schlau und antwortete: „Wenn ich den Hund krieg' krieg' ich auch den Steert!"

Draußen in der Bucht ruderte Johanna, die Tochter des Lotsen Oegren. Munther sah sie täglich. Sie ruderte wie ein ganzer Mann und war häßlich wie ein Mann und tüchtig wie ein Mann. Bisweilen stand sie auch in der Tür des Schuppens.

„Wer soll denn mit Dir rudern, Munther?" sagte sie.

„Ich? Hast Du Dir das gedacht?"

„Ja, das hab ich mir gedacht."

„Daß Du Dir so was gedacht hast!" sagte sie dann und entfernte sich, aber Munther fing an, ihr mit diesem und jenem an die Hand zu gehen.

„Bist Du auf der Freite, Munther?" fragten die Fischer.

„Djä!" anwortete er nur, aber eines Abends, als sie in der Tür stand, sagte er:

„Was macht Ihr mit dem Strömling?"

„Verkaufen wir denn den nicht immer auf dem Hafenmarkt in Nätra?"

„Verkaufst Du Deinen da auch?"

„Ja, warum fragst Du?"

„Fährst Du denn zu Markt nach Nätra?"

„Red' nicht, Munther. Das tut doch Hannes."

Hannes war ihr Bruder, der einen Klumpfuß hatte.

„Wenn wir zusammen gefischt hätten?"

„Ja, dann würden wir teilen."

„Und wenn ich zur Stadt fahr' und verkauf?"

„Ist das nicht einerlei?"

„Und Deinen Strömling verkaufte?"

„Kommst Du dann auch mit dem Geld wieder"

9 Uhr bis abends 6 Uhr währten, stattgefunden, um die Budgetberatung zu fördern. Beim Etat des Ministers des Innern rief der sozialdemokratische Antrag zur Arbeitslosenunterstützung eine lebhafte Debatte hervor. Der sozialdemokratische Antrag ging dahin, die hessische Regierung aufzufordern, beim Bundesrat auf die Vorlagen einer Arbeitslosenversicherungsvorlage zu drängen und 50 000 Mark aus Staatsmitteln bereit zu stellen, um denjenigen Gemeinden Zuschüsse zu gewähren, die Arbeitslosenunterstützung zahlen. — Der Minister des Innern erklärte, es sei der Regierung unmöglich, irgend welche Maßnahmen auf diesem Gebiete zu treffen, da alle Unterlagen fehlten. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß es eher Aufgabe des Staates sei, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen und den Arbeitsnachweis auszubauen. Zu diesem Zwecke seien im Etat 10 500 Mk. bereitgestellt worden. — Die Bauernbündler wandten sich schroff gegen jede Arbeitslosenunterstützung, sie sei eine Prämie auf die Landflucht und schwäche die Verantwortlichkeit der Arbeiter ab. — Fortschrittler und Sozialdemokraten verteidigten sehr energisch die Forderungen der Arbeitslosenunterstützung. Die Nationalliberalen und das Zentrum aber schwiegen sich aus. Gegen die Stimmen der Bauernbündler wurde dann beschlossen, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat für Einführung der Arbeitslosenversicherung zu wirken und eine Denkschrift über die Arbeitslosigkeit in Hessen gegenwärtig und in den letzten Jahren vorzulegen. Die Denkschrift soll auch Mitteilungen darüber enthalten, welche Mittel bisher zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angewandt wurden.

Der Landtag wird Mittel Juli etwa geschlossen werden. Im Herbst sollen dann die Neuwahlen zum Landtag stattfinden. — Das Diätengesetz, das die Tagegelder der Abgeordneten von 9 auf 15 Mk. und die Uebernachtungsgebühr von 3 auf 5 Mk. erhöht, dürfte schon kommenden Freitag und vermutlich debattelos angenommen werden; es tritt jedoch erst mit dem Zusammentritt des neuzuwählenden Landtags in Kraft.

Das Einmal-Eins des Reichsverbandes.

Genosse Scheidemann schreibt uns:

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie kann sich über meine Agitationstour durch die Vereinigten Staaten immer noch nicht beruhigen. Nachdem er sich mit all seinen bisherigen Versuchen, mir etwas anzuhängen, in wahrhaft bemittleidenswerter Weise blamiert hat, tritt er in seinem neuesten Elaborat gegen mich als Rechenkünstler auf. In meinen „Amerikanischen Reiseskizzen", die von zahlreichen Parteiblättern abgedruckt worden sind, hatte ich auf Grund eigener Anschauungen und authentischer Informationen über die Armoursche Schweineschlächterei in Chicago einige Mitteilungen gemacht. An diese hakt nun irgend ein reichsverbändlerischer Pfennigfuchser an, der sich amerikanischen Unternehmungen großen Stils eine Vorstellung nicht zu machen vermag. Er sucht nachzuweisen, daß meine Angaben nicht richtig sein können und beginnt seinen Nachweis folgendermaßen:

„Man hat in Amerika den Achtstundentag und acht Stunden haben auch dort 8 × 60 = 240 Minuten."

Auf dieser graniten Grundlage rechnet der Reichsverbandsmann dann weiter, um zu zeigen, was ich für ein großer Esel bin. Er schließt seinen Artikel, der jetzt die Runde durch die „nationale" Presse macht, mit der Bemerkung: „Herr Scheidemann ist sehr klug." Ein solches Kompliment vermag ich dem Herrn nicht zurückzugeben. Aber ich will ihm wenigstens einen wohlgemeinten Rat erteilen: Er mag als Reichsverbandsliterat gewohnheitsgemäß auch in Zukunft versuchen, politische Dinge auf den Kopf zu stellen, aber vom Einmal-Eins soll er seine Finger lassen, weil er sonst sogar intelligentere Mitglieder des Reichsverbandes stutzig machen könnte. Wie zweimal zwei allezeit vier bleiben wird, so ergeben auch 8 mal 60 Minuten 480 Minuten, nicht 240. Wenn auch das Einmal-Eins sich vergewaltigen ließe, dann hätte Herr v. Liebert am Donnerstag in Borna-Pegau totsicher gesiegt.

Aktion gegen die Staatsbetriebe.

Ein Plan der Kammer der Reichsräte, der auch im Zentrum der Abgeordnetenkammer Bayerns Unterstützung findet, verfolgt seit einiger Zeit das Ziel, daß der Staat Bayern alle ihm gehörigen industriellen Betriebe aufgibt, weil der Staat an sich nicht fähig sei, industrielle Werke zu leiten. Den Vorwand für diese kapitalistische Agitation gibt das Schicksal des Staatsbergwerkes Stockheim, das der Staat für Millionen angekauft und ausgebaut hat und bei dem sich dann ergab, daß es wertlos ist. Das Geheimnis dieses verdächtigen Ankaufs, durch den der bayerische Staat betrogen worden ist, konnte bisher keine Aufklärung finden. Die für diesen Zweck eingesetzte Kommission löste sich in Nichts auf, da der für den Ankauf verantwortliche Generaldirektor des Berg- und Hüttenwesens, v. Rudolph, wegen Krankheit in Pension ging und sich der Kommission nicht mehr stellte. In der am Freitag begonnenen Beratung des Bergetats in der Abgeordnetenkammer wurden diese grundsätzlichen Fragen des Staatsbetriebes erörtert. Von liberaler Seite wurden heftige Angriffe gegen die unkaufmännische Leitung der Staatsbetriebe gerichtet. Dagegen verteidigte die Sozialdemokratie, für die Genosse Vogel sprach, die Staatsbetriebe, deren Mißstände durch organisatorische Aenderungen beseitigt werden können. Als Genosse Vogel es einen Skandal nannte, daß der für den Fall Stockheim und die Mißwirtschaft verantwortliche Generaldirektor, nachdem er in Pension gegangen, in einem Privatbetriebe gegen hohes Gehalt angestellt sei, unterbrach ihn der Vizepräsident: es sei nicht angängig, von einem Skandal zu reden, da die Pensionierung doch auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses erfolgt sei. Genosse Vogel erwiderte, daß er nicht die Pensionierung einen Skandal genannt habe, sondern die Tatsache, daß der Generaldirektor nach der Pensionierung für 30 000 Mk. Gehalt in einem Privatbetrieb die im Staatsdienst erworbenen Kenntnisse verwerten könne. Freilich sei das ja kein Wunder, da ja auch die Minister, wenn sie in Pension gehen, sich dann sofort von der Privatindustrie anstellen lassen.

Die Debatte wird am Samstag fortgesetzt.

Jugendbewegung.

Ein Schlag gegen die proletarische Jugendbewegung.

Die Bezirksschulinspektion Dresden 3 und die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt verboten alle Feiern für die schulentlassene Jugend, die nicht von Geistlichen oder Lehrern veranstaltet oder von den Bezirksschulvorstehern ausdrücklich genehmigt worden sind. Den Kindern, die solche Feiern besuchen, werden Schulstrafen, den Eltern aber Geldstrafen bis zu 60 Mk. angedroht. Das Verbot richtet sich natürlich in erster Linie gegen die proletarische Jugendbewegung. Die Maßnahme wird aber das Gegenteil von dem hervorrufen, was sie bezwecken soll.

Badische Politik.

Patriotische Niedertracht.

Das badische Militärvereinsblatt „Das Eiserne Kreuz" bringt in seiner letzten Nummer vom 27. d. M. folgende Nachricht an auffallender Stelle:

Ein sozialdemokratischer Wüstling

wurde in Dresden in der Person des 37jährigen Teppichwebers Anton Gropp verhaftet. Er war bis vor einiger Zeit Leiter der sozialdemokratischen Jugendorganisation in Oelsnitz i. V. und hat sich dort vor etlichen Wochen an der 13jährigen Tochter eines Gastwirts schwer vergangen.

Ein Abonnent unseres Blattes, der uns auf diese Gemeinheit des patriotischen Blättchens aufmerksam macht, schreibt dazu: „Es ist doch das raffinierteste, was sich eine Zeitung leisten kann, bei einem Manne, der sich irgendwie etwas zuschulden kommen ließ, gleich dessen politische Gesinnung in die Welt hinauszuposaunen. Ich meine, wenn man den einen in dieser Zeitung veröffentlicht, so sollte man aber auch die andern, wie z. B. den Fürsten Eulenburg, Krupp usw., auch sehr viele Geistliche nennen, die sich schon ganz andere Dinge zuschulden kommen ließen."

Dieser Hinweis dürfte sehr berechtigt sein. Aber dazu ist eben besagter Militärvereinswisch nicht da, sondern nur dazu, nach Reichsverbandsmanier, die sozialdemokratische Partei zu verlästern und zu beschimpfen. Das sind dann die „geistigen Waffen", mit denen uns unsere Gegner niederringen wollen. Eine ebenso dumme wie schimpfliche Methode.

Aus Technikerkreisen

schreibt man uns: In nicht geringe Aufregung wurden die Anwärter für mittlere technische Beamtenstellen bei der badischen Eisenbahnverwaltung durch die allernexeste Bestimmung des Finanzministeriums versetzt, nach welcher man dieselben als versicherungspflichtig bei der Angestelltenversicherung erklärte. Damit bringt man nämlich zum Ausdruck — oder mindestens muß es so aufgefaßt werden —, daß man die jungen Techniker trotz vertragsmäßiger Anstellung, trotz Verleihung der Beamteneigenschaft und trotz vielfacher Verwendung derselben in etatmäßigen Stellen, nicht als Beamtenanwärter betrachtet, andernfalls sie nicht versicherungspflichtig wären. Es sei hier nur auf die verschiedenartige Auffassung der bezüglichen Gesetzesbestimmungen über das Versicherungswesen besonders aufmerksam gemacht.

Als am 1. Januar 1913 u. a. auch das Gesetz für Angestellte in Kraft trat, befaßte man sich auch mit der Regelung des seitherigen Versicherungsverhältnisses dieser Kategorie von Beamtenanwärtern und kam zu dem Ergebnis, daß dieselben, da sie als Beamtenanwärter gelten, überhaupt nicht versicherungspflichtig seien, weder bei der Alters- und Invaliditätsversicherung noch bei der besonderen Abteilung B und demgemäß logischerweise auch nicht bei der neu eingeführten Angestelltenversicherung. Man ersah dies nämlich daraus, daß man denselben sogar die bis dahin zur Abteilung B gezahlten Beiträge wieder zurückerstattete. Auch deckt sich die Rechtsauffassung des Finanzministeriums nicht mit derjenigen der Behörden, welche die Quittungskarten auszustellen haben, indem verschiedenen der Betroffenen, die ein Schriftstück über die Verleihung der Beamtenschaft vorlegten, erklärt wurde, daß sie, weil Beamtenanwärter, nicht zur Angestelltenversicherung beigezogen werden können und daher gar keine Quittungskarte ausgestellt erhielten.

Gar mancher der Beteiligten würde sichs wohl überlegt haben, für die geringe Bezahlung in den Dienst der Eisenbahnverwaltung getreten zu sein, wenn man ihm vorher gesagt hätte, daß für seine Zukunft so wenig gesorgt werden kann; denn nur in der Voraussetzung, einmal in eine den Wechselfällen der Konjunktur nicht so sehr unterworfenen Staatsstellung zu gelangen, nahmen sie mit den höchst geringen Anfangsgehalten verlieb. Bekommen doch gleichalterige Kollegen in Privatbetrieben oft mehr als das Doppelte an Gehalt gegenüber denjenigen bei der Eisenbahnverwaltung, von der viel angenehmeren und anregenderen Beschäftigung ganz abgesehen; denn bei der Eisenbahnverwaltung sind sie doch nur im allgemeinen die Antreiber nach unten und die Handlanger nach oben, von einer Entfaltung eigener Initiative keine Spur!

Nachdem nun einmal die Verhältnisse so liegen, wird sich in Hinkunft mancher wohl reiflich überlegen, ob er in den Staatsdienst treten soll oder nicht, da der Vater Staat, wie man sieht, in Bezug auf spätere Versorgung, auch nicht mehr bietet wie jedes Privatgeschäft, dabei aber viel schlechter bezahlt.

Vor allem ist es also die Ungewißheit für die Zukunft, welche die betr. Techniker in Erregung gebracht hat, sowie auch die ungleiche Behandlung gegenüber anderen Beamtenkategorien bei einer und derselben Verwaltung. Nicht zuletzt aber auch deswegen, weil ihnen jetzt erst, nachdem das betr. Gesetz schon länger als ein Jahr in Kraft getreten ist, von den getroffenen Bestimmungen Kenntnis gab und nicht, wie man im Nachrichtenblatt Nr. 117 von 1912 verfügte, wo es noch Zeit gewesen wäre, sich unter Umständen anderweitig zu versichern. Und wenn allenfalls die erwähnte Bestimmung des Finanzministeriums nur edlen Motiven entsprungen und als besondere „Fürsorge" für die jungen Techniker gelten sollte, so muß doch gesagt werden, daß denselben damit ein schlechter Dienst erwiesen wurde. Wenn man etwas tun will, so gebe man denselben eine bessere Bezahlung, damit sie über die bestimmte Versicherungsgrenze hinwegkommen, anstatt das Geld in Form von Versicherungsprämien à fond perdu nach Berlin abzuführen.

Aus dem Voranschlag der Eisenbahnschuldentilgungskasse für 1914/15.

In den Voranschlag der Eisenbahnschuldentilgungskasse für die Jahre 1914 und 1915 sind wie bisher je 1 500 000 Mk. als Zuschuß aus dem allgemeinen Staatshaushalt eingestellt.

Wie Finanzminister Dr. Rheinboldt in seinem Vortrag zu dem Staatsvoranschlag für die Jahre 1914/15 bemerkte, hat der Eisenbahnbetrieb in den letzten Jahren so günstige finanzielle Ergebnisse gehabt, daß der vom Jahre 1911 ab eingerichtete rechnerische Ausgleichsfonds am Ende des Jahres 1912, also nach zwei Jahren, schon einen Stand von rund 21 Millionen Mark erreicht hatte. Damit wären nach den entsprechend der Denkschrift vom 19. Februar 1912 mit den Landständen vereinbarten Grundsätzen die Voraussetzungen für eine Herabsetzung des Zuschusses aus der allgemeinen Statskasse an die Eisenbahnschuldentilgungskasse gegeben. Es erscheint jedoch ratsam, von einer solchen Maßnahme — so wird in dem soeben erschienenen Voranschlag der Eisenbahnschuldentilgungskasse, den der Finanzminister in der Montagssitzung der Zweiten Kammer überreichte, gesagt —, vorerst noch abzusehen und die zurzeit bestehende Möglichkeit, den Zuschuß ohne Gefährdung anderer Interessen zu leisten, zur weiteren Festigung der Eisenbahnfinanzen und zur Förderung des Staatskredits in der Weise zu nutzen, daß dahingestrebt wird, den rechnerischen Ausgleichsfonds mit Hilfe des Staatszuschusses auf mindestens 30, statt, wie in den erwähnten Grundsätzen geschehen, auf 20 Millionen Mark zu erhöhen. Voraussichtlich wird auch das Jahr 1913 einen Ueberschuß des Reinertrags der Eisenbahnen über den Reinaufwand hinaus ergeben, der, abgesehen von dem Staatszuschuß, dem rechnerischen Ausgleichsfonds zugeführt werden könnte. Ob ein ähnlich günstiges Ergebnis auch für 1914 und 1915 und die folgenden Jahre erwartet werden darf, ist recht zweifelhaft. Der Voranschlag der Verkehrsanstalten für 1914 und 1915 sieht einen Reinertrag an Eisenbahngefällen von jährlich rund 34,5 Millionen Mark vor. Der Aufwand für Verwaltung, Verzinsung und planmäßige Rückzahlung wird aber für 1914 auf rund 35,8 und für 1915 auf rund 37,4 Millionen Mark anwachsen, so daß gegenüber dem Erfordernis für 1914 eine Unzulänglichkeit von 1,3 Millionen und für 1915 eine solche von 2,9 Millionen Mark vorhanden sein würde, falls man den jetzigen jährlichen Zuschuß aus der allgemeinen Staatskasse von 1,5 Millionen Mark wegfallen lassen wollte.

Wenn die Eisenbahnschuldentilgungskasse ohne Zuhilfenahme von Anleihemitteln ihre Verpflichtung zur Verzinsung und Rückzahlung der Eisenbahnschuld erfüllen soll, so gebietet schon die Vorsicht, den Zuschuß aus der allgemeinen Staatskasse in der vollen bisherigen Höhe von 1½ Millionen Mark vorerst noch aufrecht zu erhalten. Die Notwendigkeit einer derartigen Stärkung des Fonds erhellt wohl am besten auch daraus, daß sich im Jahre 1917 der Aufwand für Verwaltung und Verzinsung und vertragsmäßige Heimzahlung der Schuld auf etwa 40 Millionen Mark belaufen wird und kaum anzunehmen ist, daß sich bis dahin die Reineinnahmen unserer Eisenbahnen entsprechend entwickelt haben werden, zumal eine starke Belastung der Ausgabeetats der nächsten Budgetperioden durch die Neuregelung der Beamtenbezüge usw. zu erwarten ist.

„Warum sollt ich das nicht?"
„Je, warum sollst Du das nicht?"
„Wenn wir unser zusammen täten?"
„Da im Bett, da?"
„Ja, das hab ich mir gedacht."
„Hast Du Dir das gedacht?"
„Ja, das hatt' ich mir gedacht."
„Ja, man denkt oft so viel!" sagte sie und ging.

Aber im Hafen ging allerlei Gerede, und Vater Oegren sagte: „Hör mal, Johanna! Denkst Du, daß aus dem dahinten was wird? Freit er um Dich?"

„Ist das nicht meine Sache?" entgegnete sie.
„Möcht'st du denn Munther heißen?"
„Ist das denn ein Schimpfwort?"
„Es hört sich schlecht an."
„Sein Vater ist wohl Bootsmann gewesen?"
„Frag' ihn," sagte der Alte, aber er ging selbst nach dem Schuppen.
„Du kannst arbeiten!" sagte er.
„Djä!" sagte Munther.
„Wo hast du das Bootbauen gelernt?"
„Ja, rat' mal."
„Na, tu man nicht so groß!"
„Djä," sagte Munther.
„Gehst du aufs Freien aus?"
„Bei Euch?"
„Ja, bei mir."
„Ist das nicht meine Sache?" sagte Munther.
„Du hast solchen Ekelnamen."
„Djä!" sagte Munther.
„Den Namen will ich nicht für meine Tochter!" sagte der Lotse und entfernte sich.

Munther dachte an die Worte des Alten, und als der Predigttag kam, wo der Pfarrer erschien, um einen feierlichen Gottesdienst zu halten, wandte sich Munther an diesen.

„So, du willst deinen Namen verändern!" sagte der Pfarrer. „Wo bist du denn her?"
„Aus Angersee!" antwortete Munther.
„Na, dann kannst du dich ja Angermann nennen!" sagte der Pfarrer ,und unter dem Namen wurde Munther ins Kirchenbuch eingetragen.

Als aber die Fischer hörten, daß er vom Festland und aus dem Kirchspiel Angersee war, spuckten sie verächtlich und nannten ihn: die Angerseekrähe!

Aber er hieß jetzt Jonas Angermann.

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Montag, 30. März. A. 49. **„Viel Lärmen um Nichts"**, Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare. Anfang 7 Uhr, Ende nach ¾10 Uhr.

Dienstag, 31. März. B. 50. **„Die schöne Helena"**, komische Oper in 3 Akten von Offenbach. Anfang ½8 Uhr, Ende gegen ½11 Uhr.

Mittwoch, 1. April, 1. Sinfoniekonzert des Gr. Hoforchesters. Solist: Hugo Kander, Klavier. Programm: Bach, Triple-Konzert in A-moll (zum 1. Mal); Brahms Sinfonie C-moll op. 68; Sandberger, Riccio, sinfonischer Prolog (zum 1. Mal) unter Leitung des Komponisten; Brahms, zwei Rhapsodien op. 79 H-moll und G-moll; Wolf-Ferrari, Vorspiel des 3. Aktes aus „Schmuck der Madonna" (zum 1. Mal) unter der Leitung des Komponisten. Anfang 8, Ende 10 Uhr.

Donnerstag, 2. April. C. 49. **„Pygmalion"**, Komödie in 5 Akten von A. v. Shaw. Anfang ½8 Uhr, Ende 10 Uhr.

Freitag, 3. April. A. 50. **„Nur Ruhe!"**, Posse in 3 Akten von Nestroy, Musik v. Wenzel Müller. Anfang ½8 Uhr, Ende ¾10 Uhr.

Samstag, 4. April. B. 49. **„Susannens Geheimnis"**, Intermezzo in 1 Akt, Musik von Ermanno Wolf-Ferrari. Zum erstenmal: **„Der Liebhaber als Arzt"**, musikalisches Lustspiel in 2 Akten nach Molière, Verse von Emico Golisciani, deutsch von Richard Batka, Musik von Ermanno Wolf-Ferrari. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Sonntag, 5. April. A. 52. **„Undine"**, romantische Zauberoper in 4 Akten von Lortzing. Anfang ½7 Uhr, Ende ¼10 Uhr.

Montag, 6. April. B. 51. **„Viel Lärmen um Nichts"**, Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare. Anfang 7 Uhr, Ende nach ¾10 Uhr.

In Baden-Baden:

Mittwoch, 1. April. 26. Ab.-Vorst. **„Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand"**, Schauspiel von Goethe, neue Einrichtung des Karlsruher Hoftheaters. Anfang ½7 Uhr, Ende ½11 Uhr

Zum Bau eines Landgerichts in Pforzheim

wird aus parlamentarischen Kreisen geschrieben: Die Aufrollung der Platzfrage für das künftige Landgericht in Pforzheim zu einem Zeitpunkt, wo die ganze Frage so gut wie ihrem Abschluß nahe war, hat die Sachlage wesentlich kompliziert und das Zustandekommen sehr ernstlich gefährdet. Bei der Regierung, die bereit war, noch diesem Landtag einen Gesetzentwurf wegen Bildung eines Landgerichts in Pforzheim vorzulegen, besteht nach unsern Informationen keine Geneigtheit mehr, einen solchen einzubringen. Aber auch in den Kreisen der Abgeordneten, namentlich bei den Nationalliberalen, werden zahlreiche und gewichtige Stimmen laut, aus denen zu entnehmen ist, daß bei ihnen die Zahl der Befürworter der Gesetzesvorlage merklich zusammenschrumpft. Die Abgeordneten sind, und nicht ganz mit Unrecht, nicht besonders erbaut davon, wie solche Fragen gewöhnlich in Pforzheim behandelt, kompliziert und ihre Lösung erschwert wird. Die Abgeordneten und die Regierung waren der Ansicht, daß die Vorfragen rein lokaler Natur in Pforzheim schon längere Zeit gelöst seien. Nachdem jetzt ein heftiger Streit über die Platzfrage entbrannt und ein Resolutions-Bombardement eröffnet ist, sind zahlreiche Abgeordnete der Meinung, daß der Bau eines Landgerichts in Pforzheim so lange verschoben werden kann, bis die widerstreitenden Interessen sich geeinigt haben. Die Kammer kann sich unmöglich in den Streit, wohin das Landgericht kommen soll, einlassen. Solche Fragen müssen entschieden sein, ehe definitive Schritte bei der Volksvertretung unternommen werden. Es wäre sehr zu bedauern, wenn der Amtsbezirk Pforzheim, der sehr wohl ein Landgericht alimentieren kann, infolge des plötzlich ausgebrochenen, in Stadtteilsinteressen wurzelnden Streits das Landgericht in absehbarer Zeit nicht erhalten würde.

Die Vergebung behördlicher Arbeiten.

Eine uralte Klage des Handwerks befaßt sich bekanntlich mit der Vergebung der Arbeiten durch die Behörden. Aus Anlaß des Antrags Niederbühl hat sich vor kurzem der Landtag recht eingehend mit dem Submissionswesen befaßt. Trotzdem sind die Ausführungen über diese wichtige Handwerkerfrage immer noch beachtlich, die Malermeister Hofmann unlängst auf dem Verbandstage der Maler- und Tünchermeister in Heidelberg gemacht hat. Er sagte u. a.: Die öffentliche Verdingung wird nicht ganz unterbleiben können. Für uns hat auch der engere Wettbewerb seine Schattenseiten, denn bei ihm ist es möglich, daß ein und derselbe Unternehmer immer den Zuschlag erhalten kann, wenn die Mitbewerber ihm in der Preisunterbietung nicht folgen wollen oder können. In der Hauptsache handelt es sich bei unseren Bestrebungen um die Erzielung eines angemessenen Preises. Sowohl die Gemeindebehörden als auch die örtlichen Staatsbehörden sind in der Lage, unsere Vorschläge auszuführen. Die örtlichen Fachvereinigungen müssen sich eben bestreben, Einfluß zu gewinnen und zwar hauptsächlich auf den Rathäusern. Nicht etwa in der Weise, daß vor den Wahlen noch rasch eine Mittelstandspartei gegründet wird; das führt zu keinem Erfolg, wie wir schon erfahren haben. Vielmehr muß die Parole für das Handwerk lauten: **„Hinein in die politischen Parteien, wie sie auch heißen mögen“.** Dort, innerhalb der politischen Parteien, müssen wir als Handwerker zu wirken suchen. Wir sind auch der Meinung, daß durch eine starke Vertretung des Handwerkerstandes auf den Rathäusern der Bureaukratie, die dort nichts anders ist, wie beim Staat, der Garaus gemacht werden kann. Dadurch können wir erreichen, daß der Handwerker als vollberechtigter, vertragsschließender Teil anerkannt wird, was wir beanspruchen können, weil man uns auch immer neue soziale Lasten auferlegt. Wir wollen bei Arbeitsvergebungen, durch unsere sachverständigen Vertrauensleute, mitwirken, wie wir als Staatsbürger bei der Schaffung der Gesetze mitwirken. Die Forderungen Hofmanns gipfelten in folgenden Leitsätzen:

Die staatlichen und städtischen Behörden sind zu ersuchen, die Vergebung der laufenden Unterhaltungsarbeiten und Lieferungen in der Weise zu regeln, daß 1. mit den Fachvereinigungen, oder, wo solche nicht bestehen, mit den ansässigen Handwerkern Preislisten vereinbart werden auf je zwei Jahre. 2. Die Arbeiten sollen abwechselnd — im Turnus — den Handwerksmeistern übertragen werden; entweder in bestimmter Reihenfolge oder nach Vorschlag der Vereinigung, die das momentane Arbeitsbedürfnis oder die Leistungsfähigkeit des einzelnen Kollegen dabei berücksichtigen kann. 3. Der Betrag für die im Turnus zu vergebenden Arbeiten und Lieferungen soll ein möglichst hoher sein und ist örtlich zu regeln. Größere Arbeiten sind im Lose zu teilen. 4. Für die fachmännische Beratung der Behörden als Preisbildung und Fassung des Betriebs stellen die Vereinigungen Sachverständige, die auch berechtigt sind, die Arbeitsausführung zu beaufsichtigen, bezw. die Lieferungen zu begutachten. Für die Zeit ihrer Tätigkeit, ein bis zwei Jahre, scheiden die Sachverständigen von der Zuteilung einer Arbeit oder Lieferung aus. Es ist anzustreben, die Sachverständigen für ihre Leistungen zu vergüten.

---

* **Vom badischen Schulwesen.** Ende Februar waren an badischen Schulen insgesamt 1307 Lehrerinnen tätig, davon 111 an höheren, 1196 an Volksschulen. An den Volksschulen waren 369 Hauptlehrerinnen und 827 Unterlehrerinnen, an höheren Schulen 78 Hauptlehrerinnen und 33 Unterlehrerinnen beschäftigt. Von den Hauptlehrerinnen waren an den Volksschulen 200, an den höheren Schulen 31 katholischen Bekenntnisses, 164 waren an den Volksschulen und 43 an den höheren Schulen evangelisch, 5 waren altkatholisch und 4 israelitisch. Von den Unterlehrerinnen waren 528 katholisch, 317 evangelisch, 7 altkatholisch und 8 israelitisch. Von den gesamten Lehrerinnen sind 857 (65,6 Proz.) an den Seminaren der höheren Mädchenschulen des Landes, 157 (12,0 Proz.) an Regulativanstalten, 177 (13,5 Proz.) auf privatem Wege vorgebildet worden.

Aus der Partei.

Der erste sozialistische Bürgermeister in Holland. Die Amsterdamer Stadtverordnetenversammlung wählte den Genossen Wiebaut als „Wethouder“, als stellvertretenden Bürgermeister. Wiebaut, der der radikalen Parteirichtung angehört und Mitglied des Parteivorstandes ist, erhielt von 39 Stimmen 21, während auf den Genossen Vliegen 8 und auf den liberalen Kandidaten 10 Stimmen entfielen. Wiebaut wird mit dem wichtigen Dezernat des Wohnungswesens und der Arbeitsbedingungen der städtischen Angestellten betraut. Im Wohnungswesen tut eine kräftige Reformpolitik besonders not. Wiebaut redigiert seit Jahren das kommunalpolitische Parteiblatt.

Genossenschaftsbewegung.

* **Der Vormarsch der Konsumgenossenschaftsbewegung.** Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist nunmehr in der Lage, einen Umsatznachweis für alle ihr angeschlossenen Abteilungen zu unterbreiten. Der Gesamtumsatz der Verlagsgesellschaft betrug 1913: 4 010 377 Mk., 1912: 3 159 194 Mk., mithin mehr 851 183 Mk. Die einzelnen Abteilungen sind am Gesamtumsatze mit folgenden Zahlen beteiligt: Die Abteilung Druckerei erzielte einen Umsatz: im Jahre 1913 1 526 945 Mk., im Jahre 1912 1 145 798 Mk., mithin 1913 mehr 381 147 Mk. Die Abteilung Papierwarenfabrik hatte einen Umsatz: im Jahre 1913 1 815 263 Mk., im Jahre 1912 1 529 803 Mk., mithin 1913 mehr 285 460 Mk. Die Versicherungsabteilung erzielte einen Umsatz: im Jahre 1913 599 900 Mk., im Jahre 1912 443 498 Mk., mithin 1913 mehr 156 402 Mk. Das Elektrizitätswerk weist einen Umsatz auf: im Jahre 1913 68 267 Mk., im Jahre 1912 40 093 Mk., mithin 1913 mehr 28 174 Mk.

Der Entwicklung der Gesamtbewegung, wie sie in den Ergebnissen der Tätigkeit der Konsumvereine des Zentralverbandes für das Jahr 1913 und in den Umsatzzahlen der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine für das gleiche Jahr zum Ausdruck gelangt, entspricht die Entwicklung der Verlagsgesellschaft in erfreulich vollkommener Weise. Ging die Steigerung des Umsatzes von 1911 auf 1912 in etwas schnellerem Tempo vor sich als 1912 auf 1913, so ist die Erklärung dafür im Gange des gesamten Wirtschaftslebens gegeben. Der Aufschwung aller Geschäftszweige der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist aber doch so bedeutend, daß er wohl alle Beteiligten, das sind alle im Zentralverband organisierten Konsumenten, mit aufrichtiger Freude erfüllen darf. Es ist ein gewaltiges Stück Eigenproduktion, geregelt durch den organisierten Konsum, das die Verlagsgesellschaft vertritt. Jeder Fortschritt, der hier zu verzeichnen ist, zeigt besonders eindringlich Notwendigkeit und Leistungsfähigkeit der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion.

Kommunalpolitik.

Die Bautätigkeit in größeren deutschen Städten während des 4. Vierteils des Jahres 1913.

In den meisten größeren deutschen Städten war die Bautätigkeit im letzten Vierteljahre 1913 nur unbedeutend. In 42 größeren Städten wurden insgesamt nur 1585 Wohngebäude errichtet gegen 2733 im gleichen Viertel des Vorjahres, während der Zugang an Wohnungen nur 9255 gegen 17 832 betrug. Eine Abnahme der Bautätigkeit trat besonders hervor in Barmen, Chemnitz, Duisburg, Hamburg, Hannover, Leipzig, Nürnberg, Erfurt, Mannheim, München, Kiel und Wiesbaden. Eine geringe Zunahme der Bautätigkeit gegenüber dem letzten Viertel des Vorjahres hatten aufzuweisen Bremen, Kassel, Elberfeld, Lübeck, Straßburg, Altona und Düsseldorf. An Wohngebäuden stellte sich der Zugang am größten mit 185 in Bremen, es folgen Stuttgart mit 113, Köln mit 110 und Frankfurt a. M. mit 100, Essen-Ruhr 93, Düsseldorf 92, München 69, Leipzig 54, Aachen 7, Barmen 3, Bochum 26, Braunschweig 10, Kassel 13, Chemnitz 32, Krefeld 39, Dortmund 38, Duisburg 66, Elberfeld 45, Gelsenkirchen 11, Hannover 23, Magdeburg 8, Mainz 4, Stettin 7, Danzig 13, Erfurt 10, Karlsruhe 44, Mannheim 35, Kiel 12, Mülheim-Ruhr 32 und Wiesbaden 6. Der reine Zugang an Wohnungen war der Zahl nach am größten mit 863 in Hamburg. Die Reihe setzt sich fort mit 659 in München, 633 in Düsseldorf, 566 Leipzig, 470 in Frankfurt a. M., Dortmund und Chemnitz je 306. Noch keine hundert neue Wohnungen kamen hinzu u. a. in Braunschweig, Kassel, Gelsenkirchen, Magdeburg, Stettin, Danzig, Erfurt, Kiel, Wiesbaden und Barmen. Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen stellte sich nach den Zählungen vom laufenden oder Vorjahre am höchsten in Wiesbaden mit 6,0 Proz., es folgen Hamburg mit 5,6, Altona mit 4,7 und Düsseldorf mit 4,2 Proz. In allen übrigen Städten standen verhältnismäßig wenig Wohnungen zur Verfügung. Besonders gering war der vermietbare Wohnungsbestand in Hannover, Essen, Bremen, Kassel, Elberfeld, Stettin und Dortmund. In Barmen standen leer 2,3 Proz. der Wohnungen, Leipzig 1,1, Magdeburg 1,6, Mainz 2,4, Danzig 2,0, Erfurt 1,8, Düsseldorf 4,2, Kiel 3,0, Mülheim-Ruhr 1,3 und Wiesbaden 6,0.

Hypothekarische Darlehen durch die Eisenbahnverwaltung. Wie bekannt, beabsichtigt die Eisenbahnverwaltung gemeinnützige Baugenossenschaften, denen hauptsächlich Eisenbahnbedienstete angehören, durch Gewährung von Hypothekendarlehen für die Gelände- und Baukosten zu unterstützen. Mit der Baugenossenschaft Haltingen-Weil ist ein Versuch gemacht worden. Dieser Genossenschaft ist — vorbehaltlich der Genehmigung der Mittel durch die Landstände — für die laufende und folgende Budgetperiode ein Darlehen bis zu insgesamt 1 Million Mark in Aussicht gestellt. Das Darlehen wird nach Maßgabe des Baufortgangs gewährt und soll 90 v. H. der Kosten decken. Zins 3½ v. H., Tilgung des Baukostendarlehens ½ v. H. Soweit die im Eisenbahnbauvoranschlag angeforderte Teilsumme von 600 000 Mark nicht für die Baugenossenschaft Haltingen-Weil benötigt wird, soll sie auch zu Darlehen an andere Eisenbahnerbaugenossenschaften verwendet werden können.

* **Grund- und Hausbesitzerwünsche in Pforzheim.** In der Voranschlagsberatung der städtischen Etats in Pforzheim durch den Bürgerausschuß wurde ein Antrag des Grund- und Hausbesitzervereins behandelt, in welchem die Abschaffung der Wertzuwachssteuer verlangt wurde. Oberbürgermeister Habermehl hielt den Antrag für unzulässig, worauf dieser in der Form einer Resolution vorgelegt wurde, welche die Abschaffung dieser Steuer vom nächsten Jahr ab verlangt. Die Resolution wurde aber mit 41 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtrat möge bei der Regierung darauf hinwirken, daß die Schärfen und Mängel des Gesetzes beseitigt werden, angenommen.

* **Bei der Bürgermeisterwahl in Oberweier** wurde der seitherige Bürgermeister B. Stoltz mit Mehrheit wiedergewählt.

* **„Kleine Anfragen“ auch in Lahr.** Der Stadtrat von Lahr hat in seiner letzten Sitzung der Einrichtung der sogen. „Kleinen Anfragen“, wie sie jetzt in verschiedenen Städten zugelassen worden sind, für die Bürgerausschußsitzungen zugestimmt.

Gewerkschaftliches.

* **Tarifbewegung im Brauereigewerbe.** Die Arbeiter in den Bierniederlagen und Eisfabriken in Pforzheim und Umgebung sind in eine Tarifbewegung eingetreten. In der Niederlage Neuenbürg des Bahr. Brauhauses bekommen nach Rücksprache mit der Direktion die dort beschäftigten Arbeiter den Lohn nach dem Tarif der Brauereien. Das macht eine Erhöhung von 2,50 Mk. pro Woche aus. Der Bierverleger Carl Frey in Pforzheim spielte sich beim Vorstelligwerden einer Kommission wie ein echter Scharfmacher auf. Er schrie und tobte wie wild und will die Arbeit alle selbst machen, was zu seiner Abkühlung ganz gut wäre. Er sollte daher jetzt schon sein neu angestrichenes Lastauto an Sonntagen selbst in der Stadt spazieren fahren, um nicht zum Zwecke der Renommage den Arbeitern die Sonntagsruhe zu rauben. Es ist daher dringend zu wünschen, daß Herr Frey bald einen andern Standpunkt einnimmt.

Lohnbewegungen im Tapezierergewerbe im Jahre 1913. Trotz der gerade im Tapeziererberuf im Vorjahre außerordentlich starken Arbeitslosigkeit brachte das Jahr 1913 infolge der vielen Tarifabläufe umfangreiche Lohnbewegungen, die an Zahl und Umfang sogar die Bewegungen des Jahres 1912 erheblich übertrafen. In 78 Fällen waren 3992 Berufsangehörige an den Bewegungen beteiligt. Hiervon waren 3058 Verbandsmitglieder, sodaß fast 30 Prozent der Mitgliedschaft an den Bewegungen beteiligt waren. 28 Bewegungen mit 2032 Beteiligten ließen sich ohne Arbeitsniederlegung zugunsten der Arbeiter erledigen. In 30 Fällen mit zusammen 1855 Beteiligten führte die Bewegung zu Angriffsstreiks, wobei zirka 200 Beteiligte die Forderungen ohne Arbeitniederlegung bewilligt erhielten. Der Rest der Bewegungen entfällt auf Abwehrstreiks und Aussperrungen. 1428 Verbandsmitglieder, gleich 14 Prozent der Gesamtmitgliedschaft waren mit zusammen 24 279 Streiktagen an den Streiks beteiligt, sodaß durchschnittlich auf jeden Streikenden etwa 17 Streiktage entfallen. Trotz der empfindlichen Krise konnte ein guter Erfolg erzielt werden. 60 Bewegungen mit 3850 Beteiligten verliefen erfolgreich, 11 Fälle mit 279 Beteiligten teilweise erfolgreich und 7 Bewegungen mit 63 Beteiligten gingen ganz verloren. Der Gesamterfolg bedeutet für 2922 Berufsangehörige eine Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich 4082 Stunden und daneben für 3420 Arbeiter eine Lohnerhöhung um wöchentlich 9376 Mark. Die Bewegungen belasteten die Verbandskasse mit 65 500 Mk., für einen Verband von gut 10 000 Mitgliedern eine recht erhebliche Summe. Bei den Bewegungen wurden 42 Tarifverträge für 3527 Berufsangehörige abgeschlossen. Damit bestanden am Jahresschluß 124 Tarifverträge für 13 265 Arbeiter. Da das Tapezierergewerbe etwa 16 000 erwachsene männliche Berufsangehörige umfaßt, sind zurzeit für zirka 80 Prozent derselben die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Die tariflich festgelegte wöchentliche Maximalarbeitszeit beträgt am Jahresschluß 48—51 Stunden für 4876 Arbeiter gleich 36,8 Prozent der in tariflich geregelten Betrieben Arbeitenden, 52—54 Stunden für 7300 Arbeiter gleich 55,2 Prozent, 55—57 Stunden für 1007 Arbeiter gleich 7,6 Prozent Arbeiter, 59—60 Stunden für 45 Arbeiter gleich 0,4 Prozent. Der tariflich festgesetzte Mindestlohn beträgt 40—50 Pf. pro Stunde für 3030 Arbeiter gleich 23,9 Prozent, 51—60 Pf. für 4836 Arbeiter gleich 38,2 Prozent, 61—65 Pf. für 1580 Arbeiter gleich 12,5 Prozent und über 65 Pf. für 3200 Arbeiter gleich 25,4 Prozent.

* **Vom Winzerstreik in der Rheinpfalz.** Der Winzerstreik in der Pfalz breitet sich weiter aus. Die Winzer der Orte Haardt und Hambach, die in der Nähe von Neustadt a. d. Haardt liegen, haben sich dem Streik angeschlossen, nachdem auf ihre an 60 Weingutsbesitzer gerichteten Forderungen nur 5 zustimmende Antworten eingegangen waren. In Neustadt a. d. H. haben von 70 Besitzern bereits 55 die gestellten Lohnforderungen zugestanden. Die Forderungen sind: Erhöhung des Winterlohnes von 2,50 Mk. auf 3 Mk., des Sommerlohnes von 3 Mk. auf 3,50 Mk., des Herbstlohnes von 3,50 Mk. auf 4 Mk. und der Akkordpreise um rund 10 Prozent.

Die Mehrzahl der Weinbergsbesitzer sind Geschäftsleute, die sich neben ihrem Hauptberuf als Wirte, Kaufleute, Handwerksmeister usw. einige Morgen Weinberge gekauft haben. Diese werden von Winzertaglöhnern im Akkord oder im Tagelohn bearbeitet. Die Taglöhner sind meist selbst noch nebenher Eigentümer eines kleinen Stückchens Weinberges und verkaufen im Herbst ihr Erzeugnis an die großen Besitzer und Händler. Während nun die Besitzer der kleineren Weinberge in Neustadt a. d. H. nahezu restlos die bescheidenen Forderungen der Winzer bewilligten, gaben die wenigen großen Besitzer, meist schwerreiche Leute, keine oder ablehnende Antworten und schlossen sich zu einem Unternehmerverband zusammen. Dieser bearbeitete die Oeffentlichkeit durch die sogenannte unparteiische, die liberale und die schwarze Presse und stellte in Aussicht, einen kleinen Teil der Forderungen bewilligen zu wollen. Die Winzer warteten jedoch nicht ab, bis es den großen Firmen vielleicht nach Wochen gefällig sein würde, nachzugeben, sie stellten einmütig die Arbeit ein. 45 Winzer arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen, 120 streiken und 9 Mann arbeiten als Streikbrecher. Darunter befinden sich die sechs Mann, die der christlich-nationale Verband unter Leitung des bekannten Behrens als Mitglieder unter den Winzern in der Pfalz auftreiben konnte. Die eigenartigen Umtriebe, die sofort nach Einleitung der Lohnbewegung durch den Landarbeiterverband von dem christlichen Sekretär Ohliger aus Saarbrücken im Weingebiet unternommen wurden, blieben bis heute erfolglos. Die von ihm einberufenen Versammlungen werden nur von Vertretern der Unternehmer und allenfalls von den freigewerkschaftlich-organisierten Arbeitern anderer Berufe besucht; letztere bereiten dem schwarzen Winzerbeglücker einen Reinfall nach dem andern. Hätte Behrens in der deutschen Arbeiterbewegung noch etwas an Renommee zu verlieren, dann täte er gut, seinen Unglückssekretär aus der Rheinpfalz abzuberufen. Bleibt dieser noch länger, dann wird der Name des christlichen „Zentralverbandes“ in der Pfalz zum Kinderspott.

Weil der christliche „Zentralverband“ des Behrens in der Pfalz nur sechs Arbeitswillige unter den Winzern als Mitglieder zählt, und aus diesem Grunde weder als Vertretung der — Winzer in Betracht kommen noch eine Lohnbewegung unternehmen kann, keift der christliche Sekretär gegen den Landarbeiterverband und beschuldigt diesen der Schädigung der Unternehmerinteressen, weil er den Streik nicht verhindert habe. Behrens, sein Verbandschef, möge ihn belehren, daß die Geschichte des christlichen „Zentralverbandes für die Forst- und Weinbergsarbeiter“ begann mit dem in der gesamten deutschen Presse seinerzeit besprochenen, von Weinbergzerstörungen begleiteten christlichen Winzerstreik vom Jahre 1912 im Rheingau, in der Umgebung von Rüdesheim.

An dem festen Willen der Pfälzer Winzer prallen sowohl die schwarzen Zersplitterungsversuche, als auch die vom nackten Profitinteresse diktierten Maßnahmen der Weingrafen und Flaschenbarone ab. Sie werden ihren Kampf um Verbesserung ihrer Lage bis zum siegreichen Ende durchkämpfen.

Der Verband der Fleischer im Jahre 1913. Die Meister und die gelben Gewerkschaften haben besonders im verflossenen Jahre gegen die freigewerkschaftliche Gesellenorganisation mit allen Mitteln gearbeitet. Den gegnerischen Vereinen gaben die Meister nennenswerte Beiträge zur Bekämpfung der Organisation. Damit jedoch noch nicht genug. In den meisten Großstädten haben die Innungen die arbeitslosen Gesellen gezwungen, schriftlich bei der Arbeitsvermittlung zu erklären, daß sie nicht Mitglied des Zentralverbandes sind und im auch nicht beitreten. Die Berliner Innung hat sogar bei Strafandrohung den organisierten Gesellen das Betreten der Innungsherberge und des Arbeitsnachweises verboten. Trotz dieses Terrors konnte der Zentralverband der Fleischer seine Mitgliederzahl steigern, sie betrug am Jahresschluß 6 557. Zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden an 43 Orten 337 Lohnbewegungen geführt, an denen zirka 1 000 Berufsangehörige beteililigt waren. Erfolgreich hiervon waren 329 Bewegungen mit 905 Beteiligten, teilweise erfolgreich 3 Bewegungen mit 15 Beteiligten, erfolglos 5 Bewegungen mit 69 Beteiligten. Für 625 Berufsangehörige wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 3 886 Stunden wöchentlich und eine Lohnerhöhung für 678 Gehilfen von 984,50 Mk. wöchentlich erreicht. Für annähernd 1000 Gesellen wurden noch Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse verschiedener Art erreicht. Bei allen Tarifabschlüssen wurde darauf gehalten, daß die kostenlosen Arbeitsnachweise des Verbandes anerkannt werden. Tarifverträge bestanden am Jahresschluß zirka 750 für 3 300 Beschäftigte. Die Zahl der Tarife wächst von Tag zu Tag, es dürften gegenwärtig 800 in Geltung

sein. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen 200 459 Mk. An Unterstützung wurden gezahlt 31 026 Mk. davon allein an Arbeitslose 14 610 Mk., an Kranke nahezu 11 000 Mk.

Keine andere Fleischergesellenvereinigung kann solche Leistungen aufweisen. Die Organisation hat ihren Mitgliedern nicht nur erhebliche Unterstützungen gewährt, sondern auch gemäß ihrer Aufgabe erhebliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt. So hat auch diese vom Unternehmerterrorismus besonders hart verfolgte Organisation sich in dem Krisenjahre wacker gehalten.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 30. März.

Vorträge des Genossen Sanders.

William Sanders, der in den nächsten Tagen auch in Pforzheim und Karlsruhe sprechen wird, ist einer der bekanntesten sozialistischen Führer von England. Als Generalsekretär der Fabiergesellschaft und aus seiner langjährigen Tätigkeit im Londoner Grafschaftsrat ist er ein hervorragender Kenner der englischen Arbeiterbewegung, für die gerade die Ereignisse der letzten Wochen das größte Interesse geweckt haben. Sanders, der als guter Redner bekannt ist, hält bei uns seine Vorträge in deutscher Sprache.

*

In allen Stadtteilen sind nunmehr die Vorverkaufsstellen für den Vortrag errichtet worden. Es sind das: Expedition des „Volksfreund", Parteisekretariat, Baumeisterstraße 50, Bureau des Metallarbeiterverbandes, Markgrafenstr. 26, Hutgeschäft Zenker, Kaiserstr. 65, Schuhgeschäft Betsche, Uhlandstr. 35, Fr. Töpper, Zigarrenhandlung, Rüppurrerstr. 10 und Morgenstr. 45, Fahrradhaus „Frisch auf", Franz Sitt, Adlerstr. 8, ferner in der Gewerkschaftszentrale, „Wacht am Rhein", „Auerhahn", „Eiche" und „Gambrinushalle". In Durlach: bei Friseur Muser.

Der Eintrittspreis beträgt 10 Pfg. Es ist eine starke Nachfrage festzustellen.

Der Bildungsausschuß.

Die Aussperrung bei der Firma Junker u. Ruh, Nähmaschinen- und Ofenfabrik in Karlsruhe beendet.

Nach langen Verhandlungen vor dem Gewerbegericht zwischen dem Arbeiterausschuß, einer Kommission und einem Vertreter des Verbandes und der Leitung der Firma Junker u. Ruh, ist es gelungen, eine befriedigende Verständigung herbeizuführen. Nachdem die Ausgesperrten einstimmig die Einigungsbedingungen angenommen haben, wird ab heute Montag den 30. März 1914 die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Arbeiterschaft hat einen 8 Wochen andauernden Kampf hinter sich, der von beiden Seiten mit Ausdauer und Zähigkeit, aber was wir gerne anerkennen wollen, sachlich geführt worden ist. In den ganzen 8 Wochen hat die Polizei auch nicht ein einziges Mal Gelegenheit gehabt, einzugreifen. Die gesamte beteiligte Arbeiterschaft hat in diesem schweren Kampf mustergiltige Disziplin geübt und ihr ist es zu verdanken, wenn es jetzt nach so langer Zeit zu einem für die Arbeiterschaft befriedigenden Abschluß gekommen ist. Wir hoffen, daß nach langer Zeit fortdauernder Differenzen künftig dadurch, daß man diese vorher mit den Arbeitern bespricht und regelt, geordnete Verhältnisse Platz greifen.

Die 8. ordentliche Hauptversammlung der Gartenstadt Karlsruhe e. G. m. b. H.

wurde am Dienstag den 24. d. M. im Saal 3 Schrempp abgehalten, sie hatte sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen. Nach Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herr Dr. Friedr. Ettlinger, erstattete Herr Ingenieur Lichti den Geschäftsbericht. Aus seinen Darlegungen ist hervorzuheben, daß die Genossenschaft auch im vergangenen Jahre eine gedeihliche Entwicklung genommen hat. Obwohl sie Widerstände aller Art überwinden mußte, konnte sie sich dennoch wirtschaftlich weiter kräftigen. Von ihrer Werbekraft trotz der Machenschaften einflußreicher Gegner legte der Zugang von 116 neuen Mitgliedern Zeugnis ab. Der Mitgliederstand betrug am 1. Januar d. J. 584. Um der lebhaften Nachfrage nach Wohnungen einigermaßen zu genügen, wurden im Berichtsjahre 68 Häuser, darunter 51 Gruppenhäuser, erbaut. Die von der Genossenschaft bis Ende 1913 erstellten 129 Häuser werden von 780 Personen, darunter 285 Kindern bewohnt und haben einen buchmäßigen Wert von 1 113 115 Mk. Als Mieter kommen Angehörige der verschiedensten Berufe, jedoch vorwiegend Arbeiter, Eisenbahn- und Privatangestellte in Betracht. Hypothekendarleiher sind öffentliche Kassen, die Arbeiterpensionskasse der badischen Staatsbahnen und vor allem die Landesversicherungsanstalt Baden, die in entgegenkommendster Weise bisher 388 665 Mk. auszahlte und dadurch einer wachsenden Zahl von Arbeitern ermöglichte, sich in der Gartenstadt anzusiedeln. — Nach einer lebhaften Aussprache wurden Bilanz und Jahresrechnung genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Einige Diskussionsredner beschäftigten sich auch eingehend mit der leidigen Albtalbahnfrage und betonten, daß eine gedeihliche Regelung dieser Angelegenheit für die weitere Entwicklung Rüppurrs und der Gartenstadt von größter Bedeutung sei. Den Endpunkt der Albtalbahn möchten die maßgebenden Faktoren derart bestimmen, daß dieses Verkehrsmittel, das von 90% der Gartenstadtmieter täglich benützt wird, nicht noch mehr verschlechtert und verteuert wird, sondern in einer den berechtigten Wünschen der Vorortbewohner entsprechenden Weise ausgebaut werde. Hierdurch kann immer mehr Familien die Möglichkeit geboten werden, durch Ansiedelung in der Gartenstadt den fortgesetzten Mietssteigerungen und mannigfachen Unzuträglichkeiten, denen sie in der Etagenhäusern ausgesetzt sind, zu entgehen. — Nachdem die Aufsichtsratswahlen vorgenommen und der Satzungsentwurf mit unwesentlichen Aenderungen angenommen war, konnte die Hauptversammlung geschlossen werden. Ihr angeregter Verlauf hat gezeigt, daß die Genossenschaft von dem besten Geist beseelt ist und freudig an die Aufgabe herantritt, zu ihrem Teil an der Lösung der volkswirtschaftlich wie hygienisch so überaus wichtigen Wohnungsfrage mitzuwirken. Sie hofft dabei auf die moralische und finanzielle Unterstützung aller derer, die das Wohnungselend und sein mannigfacher Schaden für das Volksganze erkannt haben und für eine Aenderung dieser traurigen Zustände einzutreten sich verpflichtet fühlen.

Die Jugendweihe der freireligiösen Gemeinde Karlsruhe.

Die Freireligiöse Gemeinde Karlsruhe hielt am Sonntag vormittag im Saale der „Vier Jahreszeiten" ihre Jugendweihe ab. Daß die freireligiöse Bewegung auch in Karlsruhe eine zahlreiche Anhängerschaft hat, bewies der von Männern, Frauen und Kindern geradezu überfüllte Saal. — Eingeleitet wurde die Feier mit einem von Frl. Fiedler, Herrn Polewsky und Herrn Sartori sauber und schön und innigem Gefühl vorgetragenen Bachschen Trio: Frühlingserwachen. Die weiteren musikalischen Darbietungen dieser drei Künstler aus Werken von Wagner, Schubert und Gluck erhöhten wesentlich die weihevolle Stimmung, in die die Versammlung schon durch die schöne Einleitung versetzt worden war. Auch die beiden von einem Doppelquartett der „Lassallia" zu Gehör gebrachten Männerchöre und der Kinderchor trugen wesentlich dazu bei, das Gemüt und die Herzen der Zuhörer zu erheben. Den Mittelpunkt der Feier bildete ein Vortrag des Herrn Dr. Karl Weiß-Ludwigshafen über „Durch Mitleid zum reinen Menschentum". Er legte seinem Vortrag das Werk des Dichters Wolfram von Eschenbach und des Dichter-Komponisten Richard Wagner zu Grunde: Den „Parsifal". Er schilderte in kurzen Zügen den Inhalt dieses Werkes, wie eine Mutter, die ihren Sohn für sich allein haben wollte, gerade dadurch, daß sie ihn von der Welt abschloß, für immer verlor. Es gibt heute viele Väter und Mütter, so führte der Redner aus, die klagen, daß ihre Kinder nicht genügend an ihnen hängen; diese Eltern sind zu fragen, ob sie nicht selber an dem von ihnen beklagten Zustand schuld sind. Man muß ein Kind zu fassen wissen, man muß wissen, wenn es sich zu dem in jedem Menschen liegenden Höheren zu entwickeln beginnt. Wir alle müssen Vollmenschen werden, voll von Liebe, die nicht nur auf den Lippen getragen wird, sondern, die durch die Tat zum Ausdruck kommt. Kraft und Wille allein genügen nicht; wo sie nicht geleitet sind von etwas Höherem, verfallen wir in grasse Selbstsucht. Es muß zu ihnen die Liebe treten, die in uns etwas auslöst, das uns verbindet mit den Mitmenschen. Nur Eigenleid und Eigenerleben ist imstande, uns hinzuführen zum echten Menschentum. Wenn die Liebe und das Mitleid nicht im Herzen liegt, nützt alles nichts. Jeder Mensch hat etwas in sich, das ihn treibt, nach dem Guten zu streben und zu ringen, aber die ihn umgebenden Verhältnisse sind es, die ihn niederdrücken. Leben ist nicht nur Kampf, sondern Leben ist auch sich hingeben für seine Mitmenschen. Das ist das, was uns der „Parsival" sagen will. Nun die hingebende Tat, die eingegeben ist von der Liebe, führt zur Erlösung der Menschen. — Es waren packende, zu Herzen gehende Worte, die der Redner sprach.

Bei der dann folgenden Jugendweihe hielt Herr Dr. Weiß noch eine Ansprache an eine Anzahl in Konfirmandenkleidung erschienene Kinder, in der er den Kindern die Bedeutung und den Ernst des Lebens auseinandersetzte, aber auch betonte, daß es das unveräußerliche Recht der Jugend ist, sich zu freuen. Der Mensch müsse zur höchsten Vollkommenheit streben und in den Widerwärtigkeiten des Lebens darf ihn nicht die Verzweiflung erfassen, sondern mit dem Schicksal muß der Kampf aufgenommen werden. Alle die großen Männer, Künstler, und alle die, die für das Volk Großes geleistet haben, sie sind nur dazu gekommen, weil sie die Not dazu gebracht hat. Dann legte er den Kindern ans Herz, nie die Eltern zu vergessen und stets dessen eingedenk zu sein, was die Eltern ihnen getan haben. Ueber eine Mutter geht nichts, sich anschließen können an ein Mutterherz ist das Höchste und Schönste. Sie hätten kein Glaubensbekenntnis abzulegen, aber immerdar ein Wahrheitsbekenntnis. Ihr Gelübde muß sein: immer nach der Wahrheit suchen. Durch Handschlag und mit lautem „Ja" bestätigten die Kinder dies Gelöbnis. Die Ueberreichung eines Geschenks in Gestalt eines hübschen Buches „Die heilige Erde, ein Hausbuch für freie Menschen" bildete den Schluß der Jugendweihe.

Hierauf wurde noch die Begrüßung Neugeborener vorgenommen, bei der Herr Dr. Weiß betonte, daß sie aufgenommen werden in den Menschheitsbund, der die Religion der wahren Humanität lehrt. Die ganze Feier machte einen würdigen und erhebenden Eindruck. Nach den strahlenden Gesichtern und den lobenden Aeußerungen der zum erstenmal bei der freireligiösen Gemeinde Erschienenen zu schließen, dürfte dieselbe mit dieser Feier in Karlsruhe einen nicht unbedeutenden Schritt vorwärts getan haben. d.

* **Rintheim.** Billiges Schweinefleisch. Auf unsern Artikel unter vorstehender Spitzmarke in Nr. 69 unseres Blattes vom 23. März schickt uns Herr Metzgermeister Fr. Schweitzerhof eine „Berichtigung". Er schreibt, es sei unwahr, daß ein Metzgermeister 62 Pfg. pro Pfund Schlachtgewicht für ein Schwein geboten habe, denn es seien nur zwei Metzgermeister in Rintheim, aber keinem von diesen seien die Schweine angeboten worden. Ferner sei unwahr, daß der Fleischpreis in Rintheim 6—10 Pfennig höher sei, wie die Metzgerinnung vorschreibe, und schließlich stimme es nicht, daß sämtliche Metzger das Pfund Fleisch zu 70 Pfg. ausschellen ließen, denn er sei an der Sache nicht beteiligt gewesen. — Unser Gewährsmann wird sich wohl zu der Angelegenheit äußern.

Kohlenverladeanlage im Rheinhafen. Am Nordbecken des hiesigen Rheinhafens ist im letzten Monat das Fundament für eine neue, elektrisch betriebene Kohlenverladeanlage gelegt worden. Die Anlage wird von der Stadtverwaltung gebaut und noch im Laufe dieses Sommers dem Betrieb übergeben werden.

* **Badische Jubiläums-Ausstellung Karlsruhe 1915.** Die Abbrucharbeiten im alten Hauptbahnhof sind beendet und die Tiefbauten auf dem Ausstellungsplatz werden jetzt beginnen. Ein hoher Bauzaun umgibt bereits das Gelände. An der Ecke der Kriegs- und Ettlinger-Straße ist eine große, weithin sichtbare Tafel errichtet worden, welche darauf hinweist, daß sich die Geschäftsstelle und das Bauamt der Badischen Jubiläums-Ausstellung im alten Hauptbahnhof befindet. — Ein großer Teil der Baupläne ist bereits zur baupolizeilichen Genehmigung eingereicht; sobald diese erfolgt ist, soll mit dem Bau der einzelnen Ausstellungsgebäude begonnen werden. Seit einigen Tagen prangen auch an den Litfaßsäulen in saftigen, angenehmen Farben die Ausstellungsplakate, welche sich vorteilhaft von den Säulen abheben. Da das Plakat eine sehr gute Wirkung auf den Beschauer ausübt, so wird es wohl Jedermann im ganzen badischen Lande gerne in seinen Räumen aushängen und auf diese Weise zur Werbung für die B. J. A. seinen Teil beitragen.

* **Stromversorgung von Knielingen und Straßenbahn nach Knielingen.** Der Stadtrat stimmte einem Uebereinkommen mit dem Gemeinderat Knielingen zu, wonach die Stadt Karlsruhe die Gemeinde Knielingen mit elektrischer Energie versorgen und die städtische Straßenbahn von der Rheinstraße auf der Knielinger Landstraße nach Knielingen verlängern, die Gemeinde Knielingen dagegen ihre Entschädigungsansprüche aus der Gemarkungsverlegung des Jahres 1901 entsprechend ermäßigen soll. — Zunächst ist noch die Zustimmung des Bürgerausschusses von Knielingen und Karlsruhe einzuholen.

* **Plötzlicher Tod.** Am Samstag abend erlitt ein 73 Jahre alter Postsekretär a. D., als er in einem Laden hier Einkäufe besorgen wollte, einen Herzschlag und war sofort tot.

* **Unfälle.** Gestern nachmittag fiel ein vier Jahre alter Knabe in der Klosestraße von einem dort stehenden, mit Eisenstäben beladenen Wagen und zog sich einen rechten Unterschenkelbruch zu. — In betrunkenem Zustande wurde gestern früh 1.25 Uhr auf dem Geghweg von der Polizeiwache Mühlburg ein hier wohnhafter, verheirateter Maschinenarbeiter aufgefunden. Da er oberhalb des linken Auges eine erhebliche Verletzung hatte, mußte er nach Anlegung eines Notverbandes auf der Polizeiwache mittelst Krankenautos ins städt. Krankenhaus verbracht werden.

Veranstaltungen.

§ **Konzert Staudigl.** Es sei nochmals auf das heute, Montag, 31. März, abends 8¼ Uhr, im Museumssaal stattfindende Konzert des Sängerpaares Josef und Gisela Staudigl hingewiesen, das mit seinem hervorragend schönen Programm nur bestens empfohlen werden kann. Karten im Vorverkauf bei Kuntz Nachfolger, sowie ab halb 8 Uhr an der Museumssaalkasse.

Neues vom Tage.

Unglücksfälle.

Königsberg, 28. März. Auf einer Ziegelei in Klein-Ratshof im Landkreise Königsberg sind, wie nachträglich bekannt wird, Mittwoch nacht 3 Arbeiter und 1 Frau infolge von Gas, das sich in einem Koksofen entwickelte, getötet worden.

Brüssel, 28. März. In eine Tongrube unweit Namur drang heute nachmittag Wasser ein. 3 Arbeiter konnten sich nicht mehr retten und ertranken.

Tokio, 28. März. Nach dem Stapellauf des Schlachtschiffes „Fuso" brach ein schweres Unwetter aus. Bei der dadurch entstandenen Panik wurden mehrere Personen getötet und etwa 20—30 verletzt.

Schwere Einsturz-Katastrophe.

Brunshüttelkoog, 27. März. Heute vormittag ereignete sich bei der Firma Holzmann ein schweres Unglück. Bei dem Abbruch einer Kabelbahn stürzte diese ein. Eine Anzahl Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Bis 12 Uhr mittags konnten 7 Tote und 5 Verletzte geborgen werden. Unter den Verunglückten befinden sich auch mehrere Monteure von auswärts. Die genaue Zahl der Arbeiter, die bei dem Abbruch beschäftigt waren, konnte noch nicht festgestellt werden.

Hamburg, 27. März. Weitere Meldungen über das Unglück bei Brunsbüttelkoog, bei dem 5 Arbeiter getötet, 2 schwer und 1 leicht verletzt wurden, besagen: Das Unglück ereignete sich bei der Abmontage der letzten Kabelbahn, die bei dem Schleusenbau benutzt worden war, dadurch, daß die beiden Endstützen der Kabelbahn umstürzten, nachdem die Belastung auf der einen Seite weggenommen worden war. Die Stütze an der Nordseite stürzte nach der Kanalfront, während die Südseitenstütze stehen blieb. Sie brach jedoch im oberen Teil in sich zusammen. Ein Arbeiter konnte sich durch Abspringen retten. Von den Getöteten und Verletzten sind die meisten Ausländer: 2 Oesterreicher, 1 Italiener und 2 Polen.

Die bupierten Bauern.

Petersburg, 27. März. Heute vormittag begann vor dem hiesigen Schwurgericht ein äußerst merkwürdiger, für die russischen Verhältnisse charakteristischer Prozeß gegen eine verheiratete Frau, Mutter mehrerer Kinder, statt, die sich leichtgläubigen Leuten gegenüber als die Jungfrau Maria ausgegeben hatte. Sie suchte sie besonders auf dem flachen Lande, wo sie bedeutende Summen von den frommen Bauern erschwindelte.

Aus Furcht vor Strafe.

Brüssel, 29. März. An den Ufern der Maas in Lüttich sah man gestern abend zwei junge Mädchen umherirren und plötzlich gemeinsam ins Wasser springen. Die eine konnte von Passanten gerettet werden. Die andere wurde von der Strömung schnell fortgerissen und ertrank. Die Gerettete heißt Wilhelmine Roeppen, ist 17 Jahre alt und stammt aus Köln. Ihre ertrunkene Freundin heißt Auguste Ley und steht im 19. Lebensjahre. Beide hatten den Tod aus Furcht vor einer Strafgerichtsverhandlung gesucht, zu der sie heute in Köln erscheinen sollten.

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Die Fraktionssitzung** zur Voranschlagsberatung findet morgen Dienstag abend und zwar pünktlich ½9 Uhr im „Löwenbräu" statt. (Siehe Vereinsanzeiger.)

Ettlingen.

Bessere Zeiten. Die in einzelnen Abteilungen der hiesigen Spinnerei und Weberei seit 1. Januar eingeführte fünftägige Wochenarbeit wird mit dem 1. April aufgehoben. Von diesem Tage an wird wieder in allen Ressorts die volle Woche gearbeitet.

Rastatt.

Ende der Feierschichten. In der hiesigen Waggonfabrik sind die bisher für Samstag eingelegten Feierschichten wieder aufgehoben worden, da Aufträge auf Personenwagen eingegangen sind. Die Direktion der Rastatter Waggonfabrik hofft in nächster Zeit noch umfangreiche Aufträge auf Güterwagen von der badischen Staatsbahnverwaltung zu erhalten, damit größere Arbeiterentlassungen nicht nötig werden.

— **Festgenommen** wurde ein verheirateter 29 Jahre alter Bierbrauer aus Oetigheim, der sich in letzter Zeit im Glacis an der Badener Straße wiederholt gegen § 183 R.St.G.B. vergangen hat.

Wasserstand des Rheins.

30. März.

Schusterinsel 2.60 m, gef. 20 cm, Kehl 3.67 m, gef. 23 cm Maxau 6.00 m, gef. 16 cm, Mannheim 6.18 m, gefl. 9 cm.

Umzug! Ausschneiden!

Unsere verehrlichen Leser bitten wir, zum **bevorstehenden Quartal** bei einem **Wohnungswechsel** diese

Umzugs-Meldung

auszuschneiden und **genau** ausgefüllt, durch unsere Zeitungsträgerinnen, oder durch die Post an uns, oder unsere Filialinhaber gelangen zu lassen.

Vor- u. Zuname: .....

Alte Wohnung: .....

Zieht am: .....

Nach Straße: .....

Expedition des „Volksfreund."

Um genaue Angabe, ob Vorder- oder Hinterhaus und Stockwerk wird gebeten.

Bruchsal.

— **Die Ortskrankenkassenwahl.** Der erste Tag der Wahl ist vorüber. Auf den Ortschaften wurde am Samstag gewählt; die Beteiligung war teilweise bis zu 90 Prozent. Die Parteisekretäre des Zentrums, die Dorfgeistlichen, entwickelten verschiedener Orts eine große Tätigkeit; es muß also wieder scheints die Religion in Gefahr gewesen sein. Der „Bruchsaler Bote", resp. dessen Korrespondent, schreibt sich die Finger fast wund mit seinen Kilometerartikeln. Sachliches enthält aber das Geschreibsel nichts, sie stellen nur ein ödes Geschimpfe dar. Sachliches zu schreiben sind diese Leute aber auch gar nicht in der Lage, denn wenn sie der Wahrheit die Ehre geben wollten, was ihnen sehr schwer fallen würde, dann müßten sie ebenfalls gegen diese Sorte Arbeitervertreter Front machen. Das Programm behalten die christlich-sozialen und nationalen Herrschaften wieder in der Tasche, wie ein Führer bei einer früheren Wahl verheißungsvoll kundgegeben hatte, um es niemals zu gebrauchen. Auf unsere Artikel sind sie bis jetzt noch nicht im geringsten eingegangen, es müßte sein, daß es noch am heutigen Tage geschieht. Niemand erwartet jedoch, daß es in sachlicher Weise geschehen wird, es wird eben die übliche Schimpfkanonade losgelassen und neue Schwindeleien zum besten gegeben werden. Eins muß aber doch festgestellt werden: Auf unser Flugblatt, das nur Tatsachen festgestellt, gaben sie im „Boten" eine Antwort, aber was für eine. Die sauberen Christen suchen sich da von jeder Schuld frei zu machen und schieben alles auf den liberalen Vorstand und den liberalen Kassier. Die Herren werden aber doch zugeben, daß sie doch die Mehrheit gehabt haben, und wenn obengenannte Herren Manipulationen gemacht hätten, die der öffentlichen Kritik nicht Stand gehalten hätten, so wäre es ihre Pflicht gewesen, Verschleierungen aufzudecken. Der Vorwurf, den sie den Sozialdemokraten machen, ist daher vollständig deplaziert und fällt auf die Christen zurück, nämlich, daß wir vom Kassenwesen nichts verstehen.

Ihren Verrat an den Arbeiterinteressen, den sie damit begingen, daß sie die Karenztage wieder eingeführt haben, und erst vom 4. Tage das Krankengeld ausbezahlt wird, suchen sie mit einem Hinweis auf Durlach zu decken. Wie man es in dieser Beziehung in Durlach hält, ist uns im Moment nicht bekannt, soviel aber wissen wir, daß Durlach eine der jüngsten Ortskrankenkassen des Landes besitzt, die durchaus nicht als Muster angeführt werden kann. Was man aber Gutes ererbt, das sollte man suchen zu erhalten. Was liegt aber diesen guten Christen an den Arbeitern, ihre Hauptaufgabe besteht ja nur darin, Zwietracht unter die Arbeiter zu säen und nebenbei die Geschäfte der Unternehmer zu besorgen. Der beste Beweis hierfür hat ja die letzte Bürgerausschußsitzung erbracht, wo die Arbeitervertreter, unter denen sich auch einige auf der Vorschlagsliste zur Krankenkassenwahl befinden, gegen die Verbesserungen, wie sie von den Sozialdemokraten gestellt waren, gestimmt haben. Lug und Trug dürfte die Signatur der christlichen Arbeitervertreter sein.

Arbeiterinnen und Arbeiter, noch ist es Zeit! Geht zur Wahl und gebt den Stimmzettel der Gewerkschaften ab. Agitiert bei euern Freunden und Freundinnen, der Sieg muß unser sein!

Offenburg.

— **Sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion.** Heute, Montag, abends ½9 Uhr, im „Deutschen Michel" Sitzung.

L. **Eine Bürgerausschußsitzung** findet am Dienstag, 31. März, statt. Die Versorgung der Gemeinde Diersburg mit elektrischem Strom bildet den ersten Gegenstand der Tagesordnung. Die gesamte Anlage mit Fernleitung und Ortsnetz erfordert die Summe von 36 200 Mark. Dadurch, daß sich immer mehr Orte dem städtischen Werke anschließen, wächst sich dasselbe erfreulicherweise zu einer respektabeln Ueberlandzentrale aus. — Die Reparatur der Akkumulatorenbatterie, welche die Summe von 3570 Mark erfordert, bildet den 2. Punkt der Tagesordnung. Die Sache ist wohl nicht zu umgehen. — Als 3. Punkt erscheint die Subventionierung des Stadttheaters mit 3000 Mk. jährlich. — Der Steg in der Fortsetzung des Philosophenweges erfordert auf der Westseite der Bahn verschiedene Geländeerwerbungen, welche die Summe von 1450 Mark erfordern, woran 315 Mark freiwillige Beiträge der Herren Dotter, Glatt und Müller abgehen. Die restlichen 1135 Mark werden aus Grundstocksmitteln und etwaige weitere Ausgaben aus Wirtschaftsmitteln bestritten. — Den Schlußpunkt bildet die Herstellung der Gas- und Wasserleitung in den Straßenzügen im ehemaligen Pfähler-Park mit einer Anforderung von 5700 Mark aus Anlehensmitteln.

L. **Von der Strafkammer** wurde am Donnerstag der Magnetiseur Karl Philipp in Straßburg zu 1 Jahr 2 Monaten und die Eheleute Dietz in Unterentersbach zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt wegen Vergehens gegen § 218 R.St.G.B. (Versuch der Abtreibung). Philipp erhielt außerdem auch fünf Jahre Ehrverlust. Der Frau Dietz wurden 3, dem Ehemann 1 und Philipp 2 Monate Untersuchungshaft angerechnet. — Metzger Karl Rauscher aus Kork erhielt wegen fahrlässiger Tötung am Mittwoch 1 Monat Gefängnis. Er traf beim Rabenschießen eine Frau in den Oberschenkel. Daran starb die Frau infolge Wundbrand im Spital in Straßburg.

Mannheim, 27. März. Passanten der Rheinbrücke bemerkten heute Nacht gegen 1 Uhr, wie ein unbekannter Mann am ersten Strompfeiler der Rheinbrücke am nördlichen Gehweg das Schiebehängegerüst bestieg und sich von demselben aus in den Rhein stürzte. Er kämpfte einige Sekunden mit den Wellen und sank lautlos unter. Wer der Lebensmüde war ist bis jetzt noch nicht festgestellt.

Mannheim, 27. März. Gestern früh fiel der im Hause Neckarpromenade Nr. 49 (Neuostheim) wohnende Ingenieur Otto Nüßle infolge eines Fehltrittes im Flur des Erdgeschosses so unglücklich auf den Hinterkopf, daß er einen Schädelbruch erlitt, der nach kurzer Zeit zum Tode führte.

* **Mannheim,** 27. März. Im Mühlauhafen hier wurde gestern die Leiche des seit 31. Januar ds. Js. vermißten 22 Jahre alten ledigen Schneiders Anton Moser aus Obernheim gelandet. Nach polizeilichen Feststellungen liegt unzweifelhaft Selbstmord aus noch unbekannten Gründen vor.

* **Mannheim,** 27. März. Vermißt werden drei 17- bis 18jährige Mittelschüler, der Sohn eines Steinhauermeisters aus der Oststadt, der Sohn eines Zigarrenfabrikanten und der Sohn eines Prokuristen aus der Schwetzingerstadt. Der Sohn des Steinhauermeisters hat seinem Vater ein Sparkassenbuch im Werte von 6200 Mk. entwendet und den Betrag erhoben.

* **Bormberg,** 29. März. Nachdem die Feuerwehr mit den vom Bergrutsch nur teilweise betroffenen Häusern so ziemlich aufgeräumt, wurden, wie das „Badener Tagblatt" mitteilt, gestern mittag die beiden letzten noch stehenden Häuser eingerissen, womit das gesamte Oberdorf also zu existieren aufgehört hat.

* **Kehl,** 29. März. Dieser Tage hantierten auf der Kasernenstraße einige Burschen mit ihren Revolvern. Dabei wurden diese Waffen auch auf ihre Treffsicherheit geprüft. Einer der jungen Leute, der seine Waffe mit der Kugel aus dem Tesching eines Kameraden lud, zielte auf diesen und schoß ihn mitten durch die Lunge. An dem Aufkommen des Schwerverletzten wird gezweifelt.

* **Kaltenbrunn,** 27. März. Ein 6jähriges Kind brachte einen Fuß in eine Maschine und wurde schwer verletzt.

* **Huttenheim,** 27. März. Gestern mittag ertönte Feuerlärm, die Scheuern des Wagnermeisters Franz Brecht und des Sägereibesitzers Wendelin Weick standen in Flammen. Durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr gelang es trotz des starken Windes und rechts und links anhängender Scheuern, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Die Ursache des Brandes ist nicht bekannt.

t. **Freiburg,** 28. März. Die Jahresversammlung des Verkehrsvereins erklärte sich mit der vom Stadtrat geplanten Anstellung eines Beamten als Leiter des Verkehrsbüros nicht völlig einverstanden. Man befürchtet durch diese Maßnahme eine Schmälerung der Interessen des Verkehrsvereins.

t. **Freiburg,** 27. März. Ein Dreigestirn, das im hiesigen Untersuchungsgefängnis längere Zeit zubrachte, ist dieser Tage unter sicherer Bewachung nach Leipzig überführt worden. Es sind das jene drei Männer, die an dem Diebstahl des Verschlußstückes eines Geschützes in der Kaserne des 76. Feld-Art.-Reg. beteiligt sind. Ihre Aburteilung vor dem Reichsgericht erfolgt in nächster Zeit. — In der Umgebung des Holzmarktplatzes stieß gestern nachmittag ein Automobil mit einem Motorrad zusammen. Das Rad wurde vollständig zertrümmert, sein Besitzer nur leicht verletzt. — Einer sonderbaren Boshaftigkeit huldigte ein Unbekannter, der in der Baslerstraße zum Trocknen aufgehängte weiße Wäsche mit weißer Oelfarbe bespritzte, wodurch ein Schaden von 60 Mk. entstand.

St. Georgen i. Schw., 27. März. Der 64jährige Landwirt Gottlieb Staiger von Brigach wurde von seinem an einer Straßenecke umfallenden Wagen getroffen und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod des Mannes eintrat.

* **Radolfzell,** 29. März. Ein Italiener, der wegen Verdachts in der Schweiz einen Mord verübt zu haben, in Schliengen verhaftet werden sollte, schoß auf den ihn verfolgenden Gendarmen, ohne aber zu treffen; er konnte dann gefaßt werden.

Das Bauunglück in Heidelberg.

Zu dem schon kurz gemeldeten Bauunglück, das sich am Freitag in Heidelberg ereignete, werden noch folgende Einzelheiten bekannt. Der Unfall ereignete sich auf dem neuen Brückenbau Ecke der Ringstraße. Dort war ein Teil der Arbeiter mit Nieten beschäftigt. Einer der Arbeiter, und zwar der tötlich verunglückte Wagner aus Wössingen, lockerte, um besser nieten zu können, die Kette, die die Querbalken, die ihrerseits das Gerüst zum Brückenbogen hielten, zusammenband, ohne davon den anderen Arbeitern Mitteilung zu machen. Von diesen trug ein Teil eine 6 Zentner schwere Lamelle vorüber. Das Gerüst, das nicht mehr genügend gestützt war, brach unter der außerordentlichen Belastung zusammen und sämtliche darauf befindlichen Arbeiter — im ganzen 11 — stürzten aus einer Höhe von etwa 14 Metern in die Tiefe. Ein Arbeiter wurde getötet. Von den übrigen wurden zwei sehr schwer verletzt, während die anderen mit leichteren Verletzungen davonkamen. Sieben wurden sofort ins Krankenhaus gebracht, 2 konnten nach ambulatorischer Behandlung entlassen werden, einer trug eine leichte Quetschung davon. Der Unfall erregte großes Aufsehen. Anfangs waren Gerüchte verbreitet, die Brücke sei eingestürzt. Dieses bewahrheitete sich erfreulicherweise nicht.

Letzte Nachrichten.

Zur Affäre Abresch.

Mannheim, 28. März. In der kurz vor 11 Uhr beendigten Verhandlung des Landgerichts wurde der Haftbefehl gegen den bayrischen Landtags-Abgeordneten Abresch aus Neustadt aufgehoben und dieser sofort in Freiheit gesetzt. Abresch traf bereits um ½12 Uhr in Neustadt ein.

Frankfurt, 28. März. Wie der „Frankfurter Zeitung" von ihrem Korrespondenten in Mannheim gemeldet wird, ist die Entlassung des Abg. Abresch nicht wegen seiner Immunität als Abgeordneter erfolgt, sondern weil Zweifel an der Stichhaltigkeit der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen bestehen. Die gerichtliche Begründung wird ziemlich umfangreich sein. Uebrigens hat der Staatsanwalt gegen die Entlassung Einspruch erhoben.

Mannheim, 28. März. Wie die „Neue Badische Landeszeitung" erfährt, erfolgte die Haftentlassung des bayerischen Landtagsabgeordneten Abresch heute vormittag kurz nach 10 Uhr. Die Begründung konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden.

Mannheim, 29. März. Landtagsabgeordneter Abresch ist bekanntlich am Samstag aus der Haft entlassen worden. Fräulein Ilse von Harder ist bisher noch nicht aufgefunden worden. Als Abresch nach Neustadt aus dem Gefängnis zurückkehrte, wurde ihm von der Bevölkerung ein großer Empfang zuteil. Abends wurde ihm sogar ein Fackelzug dargebracht. Wie wir hören, hat der Bürgermeister von Neustadt Abresch seinerzeit einen Blumenstrauß in das Gefängnis geschickt.

Es heißt, der Staatsanwalt habe gegen die Haftentlassung Beschwerde eingelegt. Von Professor Böthlingk erhielten wir heute folgende Erklärung:

„Herr Abresch läßt in den Zeitungen verbreiten, Herr von Harder habe sich seiner Tochter Ilse dadurch entfremdet, daß er von ihr verlangte, ihren Anteil am väterlichen Vermögen, von welchem ihr bei Erreichung der Volljährigkeit die volle Hälfte zukam, mit ihren Stiefgeschwistern zu teilen. Das ist abermals eine mehr als dreiste Unterstellung und ein Versuch, den wahren Sachverhalt geradewegs auf den Kopf zu stellen. Die Wahrheit ist, daß Herr von Harder um Fräulein Ilse von Harder, die aus ihrem Anteil an Puerto Marquez (dem Riesengute in Argentinien) noch rund 1 Million Mark zu beanspruchen hatte, sicher zu stellen, ihr ganz Puerto Marquez im Werte von fünf Millionen Mark verschrieben hat und daß Herr Abresch mit dem bekannten Scheinvertrag in betr. des Millionennachlasses, welches Schriftstück er als Privatsekretär des Herrn A. von Harden in seine Tasche zu bringen verstanden hat und dank blinden Willfährigkeit des Fräulein von H arder es fertig gebracht hat, ganz Puerto Marquez an sich zu bringen und damit Fräulein Ilses ganzen A nteil an de m väterlichen Vermögen, rund 4 Millionen Mark, einzuheimsen, dazu noch ein paar Millionen des Herrn A. von Harden selbst. Wohl um die Stiefgeschwister des Fräulein Ilse damit zu bedenken?

Die so gründlich Ausgeraubte (Herr Abresch hat auch den größten Teil ihres mütterlichen Vermögens verspeist) aus der Gewalt und der Gefangenschaft des Herrn Abresch zu befreien, ist mir, da die kompetenten Stellen bisher versagt haben, leider noch immer nicht geglückt und Abresch ist wieder frei.

Karlsruhe, den 29. März 1914.

Prof. Dr. Arthur Böhtlingk.

Das neue Kaligesetz.

Berlin, 28. März. Die Abendblätter veröffentlichen die Hauptbestimmungen des den zuständigen Ausschüssen des Bundesrats vorliegenden Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Kaligesetzes. Danach sollen vom Jahre 1916 ab 0,90 Mark gegen bisher 0,60 Mark pro Doppelzentner abgesetzten reinen Kalis entrichtet werden. Hiervon sollen, falls drei Viertel der fördernden Werke sich zu einer Syndikatsorganisation zusammenschließen, dieser **0,45 Mark für die Hebung des Absatzes** überwiesen werden, während die restlichen 0,45 Mark dem Reich als direkte Reichssteuer auf Kalisalze zufließen sollen. Der bisher vorhandene Reservefond soll ebenfalls zum Besten der Kaliindustrie verwendet werden. Das Vorrecht der Bundesstaaten auf Karenzfreiheit für Werke, die sich ganz oder teilweise in staatlichem Besitz befinden, soll fortfallen. Diese bleibt jedoch für die erst entstehenden Werke in einem Bundesstaat erhalten. In Bundesstaaten, in denen bisher Kaliwerke nicht errichtet worden sind, kann auf 3000 Quadratkilometer je ein Werk errichtet werden. Braunschweig werden 2 Vorzugswerke zugestanden. Für Werke, die nach dem 15. Januar 1913 mit dem ernstlichen Schachtabteufen begonnen haben, soll eine 10jährige Karenzzeit eintreten. Des weiteren enthält der Entwurf Bestimmungen über den Quotenanteil, Quotenübertragung, Frachten usw.

Eine albanische Zirkularnote.

Wien, 28. März. Aus Durrazzo wird gemeldet: Die albanische Regierung hat an die Großmächte ein Zirkularnote gerichtet, in der es heißt: Die griechische Regierung zieht einerseits ihre Truppen aus den zu räumenden Gebieten zurück, schickt aber andererseits Banden von Komitatschis in diese, die von den griechischen Behörden organisiert, mit Waffen versehen und unterhalten werden. Die Lage in den zu räumenden Gebieten des Epirus wird tagtäglich trüber und gefährlicher. Die albanische Regierung würde nur ungern Maßnahmen treffen, welche unliebsame Rückwirkungen auf die Lage auf dem Balkan hervorrufen könnten. Sie lehnt jede Verantwortung für diese neue Wendung der Dinge ab und weißt darauf hin, daß seit drei Tagen die Missetaten griechischer Banden neuerdings begonnen haben, wobei auch mehrere albanische Gendarmen ermordet worden sind.

Nachwahlen in Frankreich.

Paris, 29. März. Die Deputierten Charles Deloncle und Steeg, die beide zu den Radikalen gehören und Anhänger des Dreijahrgesetzes sind, wurden heute zu Senatoren des Seinedepartements gewählt. Bei dieser Gelegenheit kam es vor dem Rathause zu einem Streit und Handgemenge zwischen Gegnern und Anhängern des Dreijahrgesetzes.

Russische Rüstungen.

Petersburg, 29. März. Das neue Programm für den Bau von Militärluftschiffen, das jetzt ausgearbeitet ist, sieht insgesamt 362 Flugzeuge von gewöhnlichem Typ und 10 Lufdreadnougths vor. Bis nächsten Herbst soll das neue Programm durchgeführt sein.

Proteststreik.

Petersburg, 28. März. In der Petersburger Gummifabrik Treuholnik kamen vorgestern Massenvergiftungen vor, deren Ursache das Arbeitspersonal auf die schlechten Verhätnisse in der Fabrik zurückführt. Gestern sind nun 12 500 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten, da die Vergiftungen weitere Opfer forderten. Die Polizei mußte, da es zu Lärmszenen kam, einschreiten, wobei Oberst Sakowitsch durch Steinwürfe und ein anderer Offizier durch Schüsse lebensgefährlich verletzt wurden. Die schuldigen Arbeiter wurden verhaftet. Die Polizei mußte schließlich den Fabrikhof räumen, da die Arbeiter sich in der Ueberzahl befanden.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Juarez, 28. März. Es wird erklärt, daß General Huerta mit 4000 Mann in Torreon von Osten her eingerückt sei und sich durch die Straßen der Stadt bis zur Stierkampf-Arena im Norden durchgekämpft habe. — einer Meldung des Generals Villa haben die Regierungstruppen sich in der westlichen Befestigungswerken der Stadt zusammengezogen. Drei Generäle der Bundestruppen, Pena, Reyna und Anaya, sind gefallen, General Ozaranza wurde verwundet.

Neuyork, 28. März. Ein gestern morgen aufgegebenes Telegramm aus Comez-Palacio gibt eine Schilderung der Einnahme von Comez-Palacio durch die Aufständischen. In dem Telegramm heißt es: Nach einem viertägigen Kampf und einem dreimaligen Sturm gegen die Stadt ist Villa in die Stadt eingedrungen und hat jetzt sein Hauptquartier an einer Stelle aufgeschlagen, von der aus er das drei Meilen entfernte Torreon überblicken kann. Villa habe noch nicht die Verluste feststellen lassen, doch seien sie sehr schwer. Die Verwundeten hätten schrecklich unter Durst zu leiden. Viele seien wegen Mangels an Wasser und des Fehlens an ärztlicher Behandlung gestorben. Tote beider Parteien bedeckten die Straßen. In dem Telegramm heißt es weiter, daß nach einem Bombardement durch Artillerie, Kavallerie und Infanterie in die Straßen eindrangen. Die Rebellen waren mit Gewehren, Pistolen, Messern und Handgranaten bewaffnet gewesen. Es entspann sich alsbald ein Kampf an hundert verschiedenen Stellen in den Straßen. Alte Soldaten erklärten, daß sie niemals eine so entsetzliche Schlacht mitgemacht hätten. Villa rüstet sich jetzt zu einem Angriff auf Torreon, das er bald einzunehmen gedenkt. General Villa selbst gab seiner Verwunderung für die Männer Ausdruck, die unter dem Befehl des Generals Velasco Comez-Palacio verteidigt hätten.

Bergarbeiterstreik.

Trinidad (Colorado), 28. März. **Nach einem Bericht aus dem militärischen Hauptquartier in Cedar Hill breitet sich die Streikbewegung unter den dortigen Bergarbeitern weiter aus. Bei einem Zusammenstoß mit Miliz wurde ein Bergarbeiter getötet und 2 verwundet.**

Wahlen in Natal.

Kapstadt, 28. März. Bei den Wahlen zum Provinzrat hat die Arbeiterpartei einen bemerkenswerten Erfolg erzielt, dem umso größere Bedeutung beigemessen wird, als er sich dem Erfolg der Arbeiterpartei in Transvaal anschließt.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Soz. Bürgerausschußfraktion.) Dienstag, 31. März, abends punkt ½9 Uhr, im „Löwenbräu" Fraktionssitzung. Tagesordnung: Gehaltsstatut und Voranschlag. Wegen zähliges und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Durlach. (Gewerkschaftskartell.) **Heute abend ½ 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Schwanen" die Generalversammlung statt. Wir ersuchen die Kartelldelegierten, vollzählig zu erscheinen.** 8203 Die Kartellkommission.

Pfannkuch & Co

2 weitere Waggon

Conserven

das billigste Gemüse.

Netto-Preise

unter anderem:

Schnittbohnen
2 Pfd.-Dose **32** und **36** ₰

Brechbohnen
2 Pfd.-Dose **35** ₰

Erbsen
2 Pfd.-Dose
41 und **54** ₰
1 Pfd.-Dose **32** ₰

Erbsen mit Karotten
2 Pfd.-Dose **68** ₰
1 Pfd.-Dose **36** ₰

Karotten
geschnitten
2 Pfd.-Dose **45** ₰
1 Pfd.-Dose **27** ₰

Kohlrabi in Scheiben
2 Pfd.-Dose **36** ₰

Spinat
grün
2 Pfd.-Dose **48** ₰

Gemüse-Melange
(Leipziger-Allerlei)
2 Pfd.-Dose **63** ₰
1 Pfd.-Dose **36** ₰

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Per sofort
reelle rührige Leute zur Uebernahme unserer Postvertriebsst. gesucht. Bes. Kapit. nicht erforderl. Referenz. erb. **Gehrmann & Co., Hamburg 30 P.** 8200

Herd
sehr gut erhalten, billig zu verkaufen. Marienstr. 93, Laden.

Die billigste Quelle
in getragenen Anzügen, Schuhe, Ueberzieher v. 4 ℳ an, Ulster 2c. sowie beste Gelegenheitskäufe in Schuhwaren findet man in dem Ab- und Verkaufs-Geschäft von
Arnold Schap, 8416
Zähringerstraße Nr. 38.

Kinderwagen gut erh., billig zu verkaufen Waldstr. 5, Hth., 3. St., links.

Ein schöner **Kinderliegwagen** ist billig zu verkaufen. Scherrstraße 12, 3. Stock.

Kind wird in liebevolle Pflege aufs Land von alleinstehendem Fräulein angenommen. Näheres Karl Wilhelmstraße Nr. 40, 5. Stock rechts.

---

städt. Arbeitsamt

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe

8125

Zähringerstraße 100 — Telefon 629.
Wir suchen zum sofortigen Eintritt für

hier:

Polsterer	10	Hotelkäfer	1
Zimmertapezier	5	Schmiede (jg.)	1
Militärsattler	4	Blechner und Installateure	2
Schneider (jg.)	20	Modellschreiner	1
Schuhmacher (jg.)	8	Vollgattersäger	
Friseur (jg.)	2	Maurer	20
Wagner (jg.)	3		

Auswärts:

Gärtner (jg.)	6	Automechaniker	1
Sattler und Tapezier (jg.)	9	Vollgattersäger	3
Zimmertapezier (jg.)	1	Drechsler (jg.)	1
Polsterer	4	Zimmerer	3
Schneider (jg.)	30	Schichtensteinrichter	2
Schuhmacher (jg.)	6	Steinbrecher	1
Wagner (jg.)	8	Hafner	1
Küfer (jg.)	3	Kaminfeger	1
Schmiede (jg.)	3	Maurer	10
Bauschlosser (jg.)	3		

Kaufmännische- und Büro-Lehrlinge gesucht
und zwar für Importgeschäft, Eisenhandlung, Eisen-Holzhandlung, Bergwerks- und Hüttenprodukte, Zigarrenfabrik, Kohlenhandlung, Herren-Modehaus, Manufakturwaren, Herrenkleiderspezialgeschäft, Musikalienhandlung, Ingenieurbüro, Versicherung, Rechtsanwälte, Drogerien, Kolonialwaren, Reform-Delikatessenhaus, chemische Produkte (en gros), Mehl (en gros), Eier (en gros), Zigarettenfabrik mit guter Schulbildung werden für hier zum baldigen Eintritt gesucht. Anmeldungen werden erbeten an das
Städtische Arbeitsamt Karlsruhe, Zähringerstraße 100
Telephon Nr. 629.

Einladung.

In der Zeit vom 3. bis mit 5. April ds. Js. findet im Gewerbeschulgebäude, Zirkel 22, eine

Ausstellung

von Lehrlingsarbeiten statt.

Die Ausstellung ist geöffnet an den Werktagen von 12 bis 6 Uhr und am Sonntag, den 5. April, von vormittags 11 bis abends 6 Uhr.

Wir beehren uns, die titl. Staats- und Gemeindebehörden, die Angehörigen und Lehrmeister der Schüler, sowie alle Interessenten zur Besichtigung der Arbeiten ganz ergebenst einzuladen.

Karlsruhe, den 26. März 1914. 8197

Der Gewerbeschulvorstand:
Rektor Kuhn.

Erholungsheim
der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden

für Frauen und Mädchen aus Karlsruhe. Verpflegungssatz 2 Mk. 50 Pfg. für den Tag. Soweit der Platz reicht können auch auswärts wohnende Frauen und Mädchen für 3 Mk. täglich aufgenommen werden.

Nähere Auskunft und Anmeldung bei der 7978

Direktion des städt. Krankenhauses Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Infolge Beschlusses des Anwaltsvereins sind die **Kanzleien der in Karlsruhe wohnhaften Landgerichtsanwälte** an

Samstagen von **1** Uhr nachmittags ab
geschlossen.

Karlsruhe, den 18. März 1914. 8009

Der Vorstand des Karlsruher Anwaltsvereins.

Konfirmanden-, Oster-, Hochzeits- und Verlobungs-Geschenke

in Pforzheimer Gold- und Doublé-waren
Taschenuhren v. 10 ℳ an,
Ketten in all. Preislagen
Armbänder, Ohrringe,
Collier Kreuzchen Herzchen
Trauringe in all. Preislag.
empfiehlt billig 7772
Christ. Fränkle
Goldschmied, Karlsruhe,
7a Kaiser-Passage 7a.
Patenlöffel jed. Art, sow. Tafelbestecke, Kaffee- u. Teelöffel.
Für Vereine: Becher, Pokale, Trinkhörner.

Carl König
Dentist
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
Telephon 2451.
Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen. 2885

Montag — Dienstag — Mittwoch

Rester-Tage
mit 20% Rabatt.

Es sind grosse Bestände Rester vorhanden in **Damenkleider-, Kostüm- und Blusenstoffen, Herrenstoffen, Bettbezug- und Wäschestoffen, Gardinen, Linoleum.**

W. Boländer
Kaiserstrasse 121. 8199

Sonder-Preise

Montag Dienstag Mittwoch

Damenwäsche
Kinderwäsche
Schürzen
Kurzwaren

8304

Hermann Tietz

Achtung! Radfahrer!

Ein Fahrrad emaillieren und **vernickeln,** mit neuen Speichen **demontiert** und **montiert** kostet in nur prima Ausführung **20 Mark. Sämtliche Ersatzteile** nur bester Fabrikate zu staunend billigen Preisen bei 8148

H. Busch Emaillier-Anstalt und Vernickelung **Durlach.**

Wilh. Eckert,
Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem Apollo-Theater
empfiehlt sein Lager in 1
Taschen- u. Wanduhren.
Billige **Reparatur-Werkstätte, Trauringe,** 8 u. 14 kar. gestempelt, das Paar v. M. 12—27. Brillen u. Zwicker.

Gesangverein Eintracht Mühlburg

Großes Preiskegeln
am 28., 29. und 30. März im Saalbau Mühlburg.

Freunde und Gönner des Vereins werden hierzu freundlichst eingeladen. 8119

Beginn: Samstag abend 6 Uhr.

Der Vorstand.

Grünwinkel.

Gasthaus z. Lokalbahn

empfiehlt einen 8043
guten Mittagstisch zu 70 Pfennig, im Abonnement 60 Pfg.
Gutes, reines **Schweine-Schmalz** von nur eigener Hausschlachtung, pro Pfund nur 1 Mark zu jeder Zeit zu haben.
Ein bereits neues **Billard,** Selbstkassierer, wird billig abgegeben.

Pfannkuch & Co

Frisch eingetroffen!

Neue 8109
Matjes-Heringe
Stück **18** Pfg.

Malta-Kartoffeln
3 Pfd. **27** Pfg.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Meine Preise

Zum Umzug

in Teppichen, Gardinen, Linoleum usw.

sind unerreicht billig!

Messing-Garnituren Rohr 150 cm lang, 2 Träger, 2 Endknöpfe, 10 Ringe, 10 Klammern } complett **2.25**

Messing-Garnituren Ausziehb., 120 cm lg., 2 Träger, 2 Endknöpfe, 10 Ringe, 10 Klammern } complett **3.25**

Gardinen

Tüll-Gardinen, abgepasst Fenster 12.00 8.75 6.25	**4.50**
Tüll-Gardinen, Stückware Meter 1.10 95 68	**45 ₰**
Tüll-Allover-Nets, moderner Spannstoff Meter 1.75 1.20 80	**50 ₰**
Tüll-Scheiben-Gardinen Meter 95 80 50	**38 ₰**
Tüll-Brise-Bises . . . Stück 1.00 75 40	**25 ₰**
Tüll-Borden mit Volant . Meter 1.10 90	**65 ₰**
Tüll-Bettdecken für 1 Bett Stück 8.00 5.50	**3.75**
Tüll-Bettdecken für 2 Betten Stück 13.50 10.00	**6.75**
Tüll-Stores, nur neue Dessins 12.00 8.75	**5.00**
Cöper-Stores mit Band-Applikation 6.75 4.50	**1.90**
Stores-Stoffe, elfenbein und gold Meter 1.50 1.20	**95 ₰**

Dekorationen

Allover-Nets-Garnituren, 2 Flügel, 1 Querbehang . . . . . Garnitur 15.00	**9.50**
Madras-Garnituren, 2 Flügel, 1 Querbehang Garnitur 13.50	**7.75**
Leinen-Garnituren, 2 Flügel, 1 Querbehang Garnitur 9.75	**5.00**
Galerie-Borden, Filz, rot, grün, blau Meter 75	**45 ₰**
Galerie-Borden, Leinen . . . . Meter 90	**58 ₰**
Galerie-Borden, Gobelin-Gewebe Meter 1.40	**95 ₰**
Leinenplüsch, viele Farben . . . . Meter	**2.65**
Kochelleinen, 150 cm Mtr. 2.30 130 cm Mtr.	**1.90**
Rupfen, viele Farben . . . . . Meter	**95 ₰**
Moquettes für Sofa-Bezüge . . Meter 6.75	**5.25**
Moderne Möbelstoffe, Verdüre-Muster Meter 1.20	**95 ₰**

Decken

Filz-Tischdecken . . 8.75 6.00 3.50	**1.25**
Tuch-Tischdecken 21.00 16.50 12.75	**9.00**
Wasch-Tischdecken . 3.50 2.10 1.65	**95 ₰**
Künstler-Tisckdecken 12.00 8.75 6.50	**4.90**
Gobelin-Tischdecken 18.00 13.50 10.00	**6.75**
Kochelleinen-Tischdecken 13.50 9.00 6.75	**3.50**
Plüsch-Tischdecken 18.00 13.00 9.50	**6.90**
Gobelin-Diwandecken 21.00 16.00 13.50	**9.75**
Plüsch-Diwandecken 32.00 29.50 25.00	**21.00**
Reisedecken . . . 18.00 14.75 12.00	**8.50**
Waffeldecken 6.00 4.50 2.75	**1.90**

Sämtliche Gardinen-Zubehörteile im Preise bedeutend reduziert.

Neu aufgenommen:
Chaiselongues 42.00 35.00
in besten Verarbeitungen.

Neu aufgenommen:
Sofas 90.00 75.00 58.00
mit gutem Moquette-Bezug.

Neu aufgenommen:
Klappstühle 13.50 9.00 6.75
bis zu den feinsten Ausführungen.

Teppiche

	ca. 135/200	170/240	200/300	240/340
Axminster-Teppiche	9.50	15.—	27.50	42.—
Tapestry-Teppiche	15.—	27.50	38.—	60.—
Bouclé-Teppiche	17.50	28.—	37.—	55.—
Plüsch-Teppiche	21.—	32.—	45.—	68.—
Jute-Teppiche Perser-Imit.	6.75	11.50	15.—	21.—

	ca. 100/250	ca. 200/300
Perser-Copien mit Fransen	35.—	57.50

Vorlagen

Axminster-Vorlage Stück 10.50 7.00 4.75	**2.50**
Tapestry-Vorlage Stück 5.00 3.75 2.60	**1.90**
Bouclé-Vorlage Stück 5.50	**3.50**
Plüsch-Vorlage Stück 6.00	**3.75**
Jute-Vorlage, Perser Imitation Stück 7.00 4.50 2.90	**1.50**

Perser-Copien mit Fransen

	ca. 60/120	65/130	90/130	90/180
Stück	6.75	8.50	12.—	15.—

Linoleum

Linoleum-Läufer

	ca. 60 cm	67 cm	90 cm	110 cm	133 cm
Mtr.	70 95 78 ₰	1.00	1.15	1.45	1.40 1.85 1.95 2.30

Linoleum-Teppiche, neue Muster

Gr. 150/200	200/250	200/300	250/350
6.75	10.00	13.50	18.00

Linoleum-Vorlagen

Gr. 45/45	45/65	70/90	70/115	90/130
30 ₰	55 ₰	95 ₰	1.25	1.90

Linoleum	Breite 200 cm	250 cm	300 cm
	Meter 2.75	5.50	6.50

Linoleum, 200 cm. Granit durchgehend laufende Meter 4.50	**3.90**
Linoleum, 200 cm, Inlaid, Muster durch und durch . . . . . laufende Meter 5.50	**4.50**

Wachstuche für Küchentische

85 cm	100 cm	115 cm	140 cm
0.95 1.25	1.15 1.45	1.35 1.60	1.90

Schlafdecken

Jacquard-Schlafdecke Baumwolle 4.75 3.50	**2.50**
Jacquard-Schlafdecke Halbwolle 9.25 7.75	**5.50**
Jacquard-Schlafdecke Reinwolle . . . . . 13.— 16.50	**12.75**
Kamelhaar-Schlafdecke 16.75 10.—	**7.50**

Steppdecken

Steppdecken für Kinder volle Füllung 5.50	**3.90**
Steppdecken für Erwachsene einseitig Satin 7.50	**5.00**
Steppdecken für Erwachsene doppelseitig Satin . . . . . 13.—	**9.75**
Steppdecken für Erwachsene doppelseitig Satin, Handarbeit . 21.—	**16.50**

Bettfedern
Spezialmarken

Landrupf I . . . . . Pfd.	**2.85**
Landrupf II . . . . . Pfd.	**3.25**
Landrupf III . . . . . Pfd.	**3.75**

Moden- und Aussteuer-Haus

Landauer